

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

16 (19.4.1950)

Vor neuen Krediten für die Wirtschaft

Optimistischer Bericht der Bank deutscher Länder - Störungen, die noch zu beseitigen sind
Streit um die Steuerreform - Plötzliche Montan-Hausse - Günstiger politischer Wind



Unsere aktuelle Reportage auf S. 8 ist heute der Fernschreiber-Produktion der C. Lorenz AG, Hiltigart, gewidmet. Auf dem Bild hier sieht man die Jungarbeiter am Hiltigart-Schreiber.

Ordnung muß sein

Es erscheint uns reizvoll, eine Reihe von Ereignissen, die ganz offensichtlich nichts miteinander zu tun haben, unter einem volkswirtschaftlichen Gesamtbild zusammenzufassen: die relativ große Disziplin innerhalb der Wirtschaft nach dem Aufbruch bitterer Konkurrenzverhältnisse, das Klagen des Handwerks über Schwarzarbeit und die Verwertung um die betriebliche Mitbestimmung.

Wir glauben als einheitlichen Kern der Entwicklung die Ordnungsbegehr der Deutschen erkennen zu können. Die einen sagen: Freiheit, aber nicht Zügellosigkeit, die anderen nennen das Spiel, um das es geht, das Spiel zwischen Freiheit und Funktionen, wieder andere, die etwas schärfer formulieren sagen, auch in der Wirtschaft habe der Deutsche das Bedürfnis nach einem Spiel — man verzeihe dem militärischen Ausdruck.

Der spießige Ruf nach einem Spiel erklingt heute schon vornehmlich in der Frage des Subjektgesetzes und des Zugsverbots. Wir haben an dieser Stelle in den letzten Wochen mehrfach dazu Stellung genommen und wollen heute dies nur in dem volkswirtschaftlichen Rahmen skizzieren, den wir für diese Zeiten gewonnen haben. Ordnung muß sein, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, das war nach der Niederlage bei Jena und Austerlitz. Es ist ein deutsches Bedürfnis, nicht nur nach Niederlagen, Mägen ökonomische Gesichtspunkte dagegen sprechen und mag man auch die Begrenzung der Freiheit gefährlich finden, im sogenannten Mittelstand wird man um der Kontinuität und der bescheidenen Ruhe der Existenz willen gern ein Stück Freiheit opfern, um der Ordnung willen. Man verzeihe dies nicht mit ökonomischen Gründen zu rechtfertigen. Das wäre eine Ad-hoc-Konstruktion. Interessant ist nur, daß man schon nach der Ordnung ruft, eine neue wertvolle Umordnung entstanden ist.

Es wird uns bestätigt, daß Überlegungen der Wettbewerbsbestimmungen so gut wie noch gar nicht in Erscheinung getreten sind, obwohl in vielen Branchen bereits seit Monaten die Konkurrenz nicht nur geschwunden, sondern zum Teil schon fast erloschen ist. Es wird uns weiter bestätigt, daß Konkurrenzmaßnahmen die schon stark an der Grenze des „Erträglich“ sind, kaum beanstandet oder durch Jammern bei den Handelskammern abgelehnt werden. Disziplin also nach beiden Seiten. Disziplin nach der Seite, daß man nur bis an die äußerste Grenze geht und Disziplin in der Hinsicht, daß man die Freiheit versteht, und damit auch die Pflicht, nicht zu jammern. Aber Vorbeugen hilft man doch für nötig, eben um der Ordnung willen, die möglichst gefährlich werden könnte. Eben das ist die Ansicht, die ein guter Spielers anzuwenden hat. Man mag es nun spießig nennen, es ist und bleibt ein dem deutschen Volk eigenes psychologisches Moment.

Aber das Handwerk jammert bereits — aber aus dem gleichen Grunde, aus dem Handel und Fabrikanten nicht jammern (von Ausnahmen abgesehen). Das Handwerk hat sich in Deutschland nie daran gewöhnen können, im freien Raum der Wirtschaft zu denken und zu führen. Die vielen Stufen der Beherrschung oder — anders ausgedrückt — die herkömmliche Ausbildung und Entwicklung sind nun einmal nicht dazu angelegt, das Freiheitsmoment zu setzen oder es sich gar in Fleisch und Blut übergeben zu lassen. Darin liegt kein Werturteil, es ist nur eine historische Feststellung. Es läßt sich ebenso viel Positives wie Negatives anführen, die Liebe zum Werkstück in Verbindung mit handwerklich — kunstgewerblich Qualität bringen die Menschen zu einer weltlichen Einseitigkeit. Die in völlig freiem Gefühl einer Marktwirtschaft immer anders reagieren läßt, wie ein aus dieser Freiheit kommender

Würde man die Eindrücke der vergangenen Woche zusammenfassen, dann würde man feststellen: Belegung in der Wirtschaft, aber neue Belastungen in der Politik. Die Einkassierung über dem Europarat, die durch den berufenen Mund Adenauers herbeigeführt wurde, ist eine solche Belastung, ebenso wie die plötzliche Entlassung des Krupp-Direktors Hansen durch die britischen Behörden. Das Spiel der Meldungen um diese Entlassung sagt besser als alle Worte, was sich nicht wohl dabei fühlte. Die britischen Herren ließen verstehen, die falsche Meldung, die Presseverzichtete auf Reparationslieferungen aus der Firma Krupp, habe Hansen verhaftet, das sei der erste Grund, weshalb man ihn entlassen habe. Der zweite Grund, so sagte der Londoner Rundfunk, sei darin zu suchen, daß Hansen Maschinen, die zum Abtransport auf Reparationsarbeiten standen, wieder in den Betrieb genommen habe. Dieser zweite Grund ist ja sicher höherer Datums und muß nun Hilfestellung geben. Scheinbar geht unabhängig davon und schon getrennt von anderen Meldungen, die ebenfalls nicht zusammenhängen, bringt der Londoner Rundfunk eine zahlreichere Gegenüberstellung, welche Gebühre auf dem Krupp-Gelände erhalten blieben und welche maschinellen Einrichtungen nach Abtransport der Kriegsmaschinen weiterarbeiten dürfen. Nun ist es sicher schwer, Besitzungspolitik zu treiben, ohne Mächtigkeiten zu schaffen, insbesondere für die Arbeiter die Arbeitsplätze zu erhalten wollen — und noch mehr, wenn es sich um eine Arbeiterregierung handelt, die diese Arbeitsplätze wegnehmen muß oder will.

Wir sind der gleichen Ansicht wie die Bank, daß aus den Nachkriegserfahrungen noch zu wenig Anhaltspunkte vorliegen, aber wir gehen über diese Begründung der Bank hinaus, und zwar in zweierlei Hinsicht: 1. Es läßt sich möglicherweise überhaupt nicht mehr ein Anhaltspunkt finden, der konjunkturpolitisch gedient werden kann, weil die Wirtschaftsrhythmen offensichtlich nicht mehr wie früher verlaufen (die USA-Entwicklung gerade der letzten Woche gibt einen deutlichen Beweis für diese Behauptung). Man kann also wohl gar nicht mehr von Konjunktursprechern, was — wenn man einen Grund für diese Verkündung suchen will — wohl im wesentlichen darauf zurückgeführt werden kann, daß der Staat sowohl dadurch, daß er mit seinen sehr hohen Inzessionsraten praktisch Majoritätsbesitzer — den Gewinn nach — von allen Unternehmen ist, als auch durch seine konjunkturpolitische Beeinträchtigung, die wiederum durch diese Staatspolitik möglich ist, die Rhythmen abspricht.

2. Ist in Deutschland von einem Konjunkturrückgang allenfalls gar nichts zu spüren gewesen. Das Steigen der Arbeitslosigkeit war ja kein konjunkturelles Moment, es war zum kleineren Teil selbstbedingt und zum größeren Teil durch den Zustrom aus dem Osten verursacht. Die Produktion ist nur für kurze Zeit und in kaum nennenswertem Umfang zurückgegangen. Es zeigt sich im übrigen immer mehr, daß die Produktionssteigerung schneller vor sich geht, als die Arbeitslosigkeit nachläßt. Ganz allgemein kommt für Deutschland noch hinzu, daß wegen der Besonderheit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einerseits und des Zustroms aus dem Osten andererseits alte Begriffe der Konjunkturtheorie — auf alle Fälle vorläufig — nicht anwendbar sind.

Wenn unsere Einzelnote noch eines weiteren Beweises bedürfte, so brauchen wir ja nur darauf hinzuweisen, daß die Besserung der Chancen für den Konjunkturaufstieg und der Rückgang der Arbeitslosigkeit vor sich gehen bei weiter sinkenden Preisen — zweifellos ein Vorgang, der bis jetzt noch nicht da war.

Mit zur Produktion

Sicher hat die Belegung des Exports, die tatsächlich allenthalben festzustellen ist, ihren wesentlichen Teil dem beigetragen, die Produktion zu steigern und Arbeitslose wieder einzustudieren. Es scheint überhaupt, daß von dieser Seite die Belegung begonnen hat. Das kann man zwischen den Zeilen des Monatsberichts ganz deutlich heraus-

Konjunktur oder Saison?

Wir sind der gleichen Ansicht wie die Bank, daß aus den Nachkriegserfahrungen noch zu wenig Anhaltspunkte vorliegen, aber wir gehen über diese Begründung der Bank hinaus, und zwar in zweierlei Hinsicht: 1. Es läßt sich möglicherweise überhaupt nicht mehr ein Anhaltspunkt finden, der konjunkturpolitisch gedient werden kann, weil die Wirtschaftsrhythmen offensichtlich nicht mehr wie früher verlaufen (die USA-Entwicklung gerade der letzten Woche gibt einen deutlichen Beweis für diese Behauptung). Man kann also wohl gar nicht mehr von Konjunktursprechern, was — wenn man einen Grund für diese Verkündung suchen will — wohl im wesentlichen darauf zurückgeführt werden kann, daß der Staat sowohl dadurch, daß er mit seinen sehr hohen Inzessionsraten praktisch Majoritätsbesitzer — den Gewinn nach — von allen Unternehmen ist, als auch durch seine konjunkturpolitische Beeinträchtigung, die wiederum durch diese Staatspolitik möglich ist, die Rhythmen abspricht.

Ein optimistischer Bericht

Aber verlassen wir diese unangenehmen Ereignisse der letzten Tage und wenden uns den angenehmen zu, nämlich dem letzten Monatsbericht der Bank deutscher Länder, der einen frühlinghaften Optimismus ausstrahlt. Eine Reihe von Tatsachen und Prognosen dieses Berichtes verdienen hervorgehoben und kommentiert zu werden. Wir haben uns in den letzten Wochen an dieser Stelle bemüht, die positiven Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet in richtiger Beleuchtung darzustellen und die ungünstigen auf ihre wirtschaftliche Bedeutung zu untersuchen. Es war

Neuer Hilleral in letzter Stunde

Auf Grund von Veröffentlichungen über die vorübergehende Einstellung des Sprengens im Gebiet Watenstedt-Salzgitter ist allgemein die Vorstellung entstanden, als ob in der Demontagungsangelegenheit dieses Gebietes ein Moratorium erteilt worden sei. Die Bundesregierung hatte unter Hinweis auf die Vorlage eines Programms zur Verwertung des Industriegebietes von Watenstedt-Salzgitter um die Einstellung der Demontage bei der Hohen Kommission nachgehakt, und auch die Wirtschaftsverordnung Eisen- und Stahlindustrie hatte in Bezug auf das Schicksal der salzmineralkontaminierten Böden, das Anwachsen der Arbeitslosenfrage und auch zur Vermeidung unnötiger Vergrößerung knapper Kapazitäten sich für die Erhaltung u. a. der Wasser- und Energieversorgungsanlagen und der Krupp-Rennanlage noch jüngst in einem Telegramm an die Hohen Kommission eingesetzt.

Leider geht aber z. B. der Abbruch der Krupp-Rennanlage weiter, und das ist im Hinblick auf die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie und die Neugliederung des Eisenbergbaus zu bedauern. Die Erhaltung dieser einzigen Rennanlage in Deutschland ist für die Rohstoffversorgung der Hüttenwerke besonders wichtig vor allem mit Rücksicht auf die ältesten Förderungen,

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren. Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

einseitige kein Zweckoptimismus, wenn wir die positiven Momente stärker herausstellen als die negativen und andererseits kein Zweckpessimismus, wenn wir in der vorigen Woche die Eisenhausse als unbegründet bezeichnen. Zwischen diesen beiden wird auch jetzt der rote Faden laufen, wenn wir den Monatsbericht der Bank deutscher Länder und die neue Hausse in Montanwerten betrachten.

Die Bank deutscher Länder ist also der Meinung, daß sich die Chancen für den Konjunkturaufstieg gebessert haben. Dabei ist sie sehr vorsichtig und sagt wörtlich: „Es läßt sich freilich noch nicht eindeutig sagen, ob die Belegung bisher nur saisonmäßiger Natur ist, oder ob sie bereits den Charakter eines neuen konjunkturpolitischen Anhaltspunktes hat, da für die Bestimmung auf Grund der bisherigen Nachkriegserfahrungen noch keine verlässlichen Anhaltspunkte vorliegen.“

Konjunktur oder Saison?

Wir sind der gleichen Ansicht wie die Bank, daß aus den Nachkriegserfahrungen noch zu wenig Anhaltspunkte vorliegen, aber wir gehen über diese Begründung der Bank hinaus, und zwar in zweierlei Hinsicht: 1. Es läßt sich möglicherweise überhaupt nicht mehr ein Anhaltspunkt finden, der konjunkturpolitisch gedient werden kann, weil die Wirtschaftsrhythmen offensichtlich nicht mehr wie früher verlaufen (die USA-Entwicklung gerade der letzten Woche gibt einen deutlichen Beweis für diese Behauptung). Man kann also wohl gar nicht mehr von Konjunktursprechern, was — wenn man einen Grund für diese Verkündung suchen will — wohl im wesentlichen darauf zurückgeführt werden kann, daß der Staat sowohl dadurch, daß er mit seinen sehr hohen Inzessionsraten praktisch Majoritätsbesitzer — den Gewinn nach — von allen Unternehmen ist, als auch durch seine konjunkturpolitische Beeinträchtigung, die wiederum durch diese Staatspolitik möglich ist, die Rhythmen abspricht.

Ein optimistischer Bericht

Aber verlassen wir diese unangenehmen Ereignisse der letzten Tage und wenden uns den angenehmen zu, nämlich dem letzten Monatsbericht der Bank deutscher Länder, der einen frühlinghaften Optimismus ausstrahlt. Eine Reihe von Tatsachen und Prognosen dieses Berichtes verdienen hervorgehoben und kommentiert zu werden. Wir haben uns in den letzten Wochen an dieser Stelle bemüht, die positiven Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet in richtiger Beleuchtung darzustellen und die ungünstigen auf ihre wirtschaftliche Bedeutung zu untersuchen. Es war

Neuer Hilleral in letzter Stunde

Auf Grund von Veröffentlichungen über die vorübergehende Einstellung des Sprengens im Gebiet Watenstedt-Salzgitter ist allgemein die Vorstellung entstanden, als ob in der Demontagungsangelegenheit dieses Gebietes ein Moratorium erteilt worden sei. Die Bundesregierung hatte unter Hinweis auf die Vorlage eines Programms zur Verwertung des Industriegebietes von Watenstedt-Salzgitter um die Einstellung der Demontage bei der Hohen Kommission nachgehakt, und auch die Wirtschaftsverordnung Eisen- und Stahlindustrie hatte in Bezug auf das Schicksal der salzmineralkontaminierten Böden, das Anwachsen der Arbeitslosenfrage und auch zur Vermeidung unnötiger Vergrößerung knapper Kapazitäten sich für die Erhaltung u. a. der Wasser- und Energieversorgungsanlagen und der Krupp-Rennanlage noch jüngst in einem Telegramm an die Hohen Kommission eingesetzt.

Leider geht aber z. B. der Abbruch der Krupp-Rennanlage weiter, und das ist im Hinblick auf die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie und die Neugliederung des Eisenbergbaus zu bedauern. Die Erhaltung dieser einzigen Rennanlage in Deutschland ist für die Rohstoffversorgung der Hüttenwerke besonders wichtig vor allem mit Rücksicht auf die ältesten Förderungen,

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

verursacht. Die Produktion ist nur für kurze Zeit und in kaum nennenswertem Umfang zurückgegangen. Es zeigt sich im übrigen immer mehr, daß die Produktionssteigerung schneller vor sich geht, als die Arbeitslosigkeit nachläßt. Ganz allgemein kommt für Deutschland noch hinzu, daß wegen der Besonderheit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus einerseits und des Zustroms aus dem Osten andererseits alte Begriffe der Konjunkturtheorie — auf alle Fälle vorläufig — nicht anwendbar sind.

Wenn unsere Einzelnote noch eines weiteren Beweises bedürfte, so brauchen wir ja nur darauf hinzuweisen, daß die Besserung der Chancen für den Konjunkturaufstieg und der Rückgang der Arbeitslosigkeit vor sich gehen bei weiter sinkenden Preisen — zweifellos ein Vorgang, der bis jetzt noch nicht da war.

Mit zur Produktion

Sicher hat die Belegung des Exports, die tatsächlich allenthalben festzustellen ist, ihren wesentlichen Teil dem beigetragen, die Produktion zu steigern und Arbeitslose wieder einzustudieren. Es scheint überhaupt, daß von dieser Seite die Belegung begonnen hat. Das kann man zwischen den Zeilen des Monatsberichts ganz deutlich heraus-

Konjunktur oder Saison?

Wir sind der gleichen Ansicht wie die Bank, daß aus den Nachkriegserfahrungen noch zu wenig Anhaltspunkte vorliegen, aber wir gehen über diese Begründung der Bank hinaus, und zwar in zweierlei Hinsicht: 1. Es läßt sich möglicherweise überhaupt nicht mehr ein Anhaltspunkt finden, der konjunkturpolitisch gedient werden kann, weil die Wirtschaftsrhythmen offensichtlich nicht mehr wie früher verlaufen (die USA-Entwicklung gerade der letzten Woche gibt einen deutlichen Beweis für diese Behauptung). Man kann also wohl gar nicht mehr von Konjunktursprechern, was — wenn man einen Grund für diese Verkündung suchen will — wohl im wesentlichen darauf zurückgeführt werden kann, daß der Staat sowohl dadurch, daß er mit seinen sehr hohen Inzessionsraten praktisch Majoritätsbesitzer — den Gewinn nach — von allen Unternehmen ist, als auch durch seine konjunkturpolitische Beeinträchtigung, die wiederum durch diese Staatspolitik möglich ist, die Rhythmen abspricht.

Ein optimistischer Bericht

Aber verlassen wir diese unangenehmen Ereignisse der letzten Tage und wenden uns den angenehmen zu, nämlich dem letzten Monatsbericht der Bank deutscher Länder, der einen frühlinghaften Optimismus ausstrahlt. Eine Reihe von Tatsachen und Prognosen dieses Berichtes verdienen hervorgehoben und kommentiert zu werden. Wir haben uns in den letzten Wochen an dieser Stelle bemüht, die positiven Ergebnisse auf wirtschaftlichem Gebiet in richtiger Beleuchtung darzustellen und die ungünstigen auf ihre wirtschaftliche Bedeutung zu untersuchen. Es war

Neuer Hilleral in letzter Stunde

Auf Grund von Veröffentlichungen über die vorübergehende Einstellung des Sprengens im Gebiet Watenstedt-Salzgitter ist allgemein die Vorstellung entstanden, als ob in der Demontagungsangelegenheit dieses Gebietes ein Moratorium erteilt worden sei. Die Bundesregierung hatte unter Hinweis auf die Vorlage eines Programms zur Verwertung des Industriegebietes von Watenstedt-Salzgitter um die Einstellung der Demontage bei der Hohen Kommission nachgehakt, und auch die Wirtschaftsverordnung Eisen- und Stahlindustrie hatte in Bezug auf das Schicksal der salzmineralkontaminierten Böden, das Anwachsen der Arbeitslosenfrage und auch zur Vermeidung unnötiger Vergrößerung knapper Kapazitäten sich für die Erhaltung u. a. der Wasser- und Energieversorgungsanlagen und der Krupp-Rennanlage noch jüngst in einem Telegramm an die Hohen Kommission eingesetzt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

Wünsche waren da und es wäre töricht, sie zu ignorieren.

Es bleibt aber auch hier — und vertritt — das Problem zwischen Freiheit und Funktionen offen. Der Unternehmer ist nicht mehr so frei und der Arbeiter ist noch viel weniger frei, weil im nämlich jetzt die Verantwortung mildernd, das Funktionieren aber ist noch in weiter Ferne, weil die praktische Erfahrung fehlt. Vielleicht hat man hier in Deutschland durch das Überstreben des Ordnungswillens Unordnung geschaffen — so etwas wie die überstürzte Hinführung beim Frühjahrspulver für Tage des Ehemann vergnügt.

In dieser Nummer

Mehr exportieren, um besser leben zu können

16 257 neue deutsche Patente angemeldet

Deutscher Weizenexport in Feceia

Kanadas Farmer in Sorge

USA-Wirtschaft — rechtlich optimistisch

Italiens Industrieproduktion über Friedensstand

Goldreserven wachsen

Neuer Kurs der argentinischen Handelspolitik

Es wird nämlich sowohl darauf verwiesen, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung bis jetzt noch gar nicht recht zum Zuge gekommen ist, als auch erklärt, daß die fallende Tendenz der Preise und die weitgehende Einfuhr liberalisierung starke Störungen gewesen seien, die die Belegung gebremst hätten. Nun scheint uns das aber auch nicht ganz zu stimmen. Der Mut der deutschen Unter-

„Unerträgliche deutsche Konkurrenz“

Weiß die rechte Hand, was die linke . . . ?

Der Marshall-Plan feierte in diesen Tagen sein zweijähriges Bestehen. In dieser Zeit ist viel geschehen — Marshall bewies die Fortschritte als „Wunder“ — aber auch viel geredet worden. Im Augenblick scheint es, daß nicht geredet wird, und zwar vor allem in den USA. Man muß in diesem Zusammenhang zwar die Bedenken nicht allseits nehmen, denn die amerikanischen Innenpolitik erwärmt sich langsam für die kommenden Wahlen, dennoch ist es notwendig, von Zeit zu Zeit auf die Widersprüche in den Äußerungen zum Vorteil einzelner Kreise hinzuweisen, denn diese sind es, die schließlich, trotz klassischer Demokratie ihren Willen durchzusetzen verstehen. Seit dem Anlaufen des Marshall-Planes hören wir von den USA z. B., daß sie die Einfuhrziele — es handelt sich um die höchste und komplizierteste Zollmauer der Welt — abzubauen gedanken, um den europäischen Ländern, insbesondere den Marshall-Plan-Ländern einen vermehrten Absatz ihrer Güter auf dem amerikanischen Markt zu ermöglichen und so von sich aus dem europäischen Dollarmangel abzubauen. Nun wird — am zweiten Geburtstag des Marshall-Planes — wieder einmal amtlich kundgegeben, daß die Vereinigten Staaten die Senkung der Einfuhrzölle für 2000 bis 3000 Warengruppen „beabsichtigen“. Darüber werden auf der Zollkonferenz, die am Herbst in Torquay stattfinden soll, beraten werden — wenn sie nicht verschoben wird.

Auch Deutschland nehme daran teil und werde viel gewinnen, denn seine Waren würden heute noch nach dem Tarif vom Jahre 1930 behandelt, wie gesagt bis zum September ist es — gemessen an der prekären Lage der europäischen Ausfuhr — lange Zeit, und von der guten Absicht bis zur Beschlußerhebung und weiter bis zur endgültigen Realisierung kann u. U. die Beendigung des Marshall-Planes gefeiert werden.

Westeuropa kann sich aber derartige Termine gar nicht leisten. Seine Ausfuhr nach den USA versichert im Februar einen Rückgang um fast 10 Mill. auf 76,5 Mill. Dollar, während sich die USA-Lieferungen in gleicher Zeit um rd. 28 Mill. auf 203,1 Mill. Dollar erhöhten. An der Gesamtfuhr der USA war Westeuropa nur mit rd. 11 Prozent beteiligt, an der Gesamtausfuhr hingegen mit etwa 28 Proz. Daß sich die Lage nicht so schnell, wie es erforderlich wäre, ändern dürfte, geht aus dem wenig ermutigenden Äußerungen des Vorsitzenden des bestehenden Ausschusses der Weltbank, Sir Arthur Salter, hervor, daß der Weltmarkt noch viele Jahre lang an einem Gleichgewicht zwischen der Dollar-Welt und der Nicht-Dollar-Welt krank werden werde. Die Nicht-Dollar-Welt werde noch lange Zeit nicht in der Lage sein, so viel in der Dollar-Welt zu kaufen, wie sie es wüßte.

Wir wollen in diesem Zusammenhang doch empfehlen, auf die Verzüge in der Rubel-Welt, die sich nun aufgetan hat, zu achten, damit nicht eines Tages von dort der Nicht-Dollar-

Welt größere Anreize geboten werden, beginnt dort z. B. auffällig viel Wolle zu sein. 2. In zweifelslos nicht an schlechten Willen Westeuropas, daß es seine Lage nicht verbessern kann, sondern an der Dollar-Welt. Der Dollar gibt uns den „Board of Trade“ in seinem sechsten veröffentlichten 14-Punkte-Programm Aufschluß, das der ERP-Verwaltung zugeleitet wurde. Es registriert kein überleben die 10 Hindernisse, die überwunden werden müssen, um den europäischen Waren eine Chance auf dem USA-Markt zu geben: 1. zu hohe Schutzzölle; 2. unzureichende Zolltarifunterschiede; 3. Unkonvertierbarkeit der Währungen; 4. Widerwille gegen Bestandsaufnahme; 5. fehlendes Vertrauen zum Preisgesetz; 6. Geflochtenheit kurzfristiger Einkaufspolitik; 7. Behinderungen zur Durchführung von Kapitalinvestitionen und die hohen Steuern im Ausland; 8. Weiterung des Auslandes, den amerikanischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen; 9. die durch den Dollarmangel begrenzten Möglichkeiten der Produktion, die Verkaufsmöglichkeiten in den USA zu studieren; 10. veraltete Produktionsmethoden des Auslandes.

Diese Erkenntnisse sind wieder dem Marshall-Plan-Ländern nach der ERP-Verwaltung neu —, nun ist auch nicht, daß der ERP-Administrator Hoffman die Beseitigung dieser kommenden Faktoren seit Jahr und Tag fordert. Vielleicht daß diese zermüdete Tätigkeit ihn vorzeitig amtsüchtig macht. Seine Resignation könnte jedenfalls in Europa als eine Kapitulation vor Kräften gewertet werden, die, vielleicht unbewußt, die Geschäfte des Kremls besorgen. In diesen Tagen protestierte z. B. der gemeinsame Außenhandelsausschuß der amerikanischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die erwähnte Forderung Hoffmans, die Einfuhren aus dem Marshall-Plan-Ländern zu erhöhen. Sein Vorstoß wurde als „blörrig“ bezeichnet, denn er müsse zur Arbeitslosigkeit und zum Zusammenbruch — es amerikanischen Pretegeges führen. Diese Kritik ist wenig überraschend, wenn man die oben erwähnten Exporttätigkeiten Westeuropas betrachtet und dem amerikanischen Gesamtimport gegenüberstellt. Die Bundesrepublik exportierte nach der westlichen Hemisphäre im Jahre 1949 ganze 80 Mill. Dollar, wobei für rd. 17% auf Eisenabfälle entfielen, dessen Preis ja bekanntlich „konkurrenzlos“ war. Von dieser Seite kann also kaum eine Gefahr drohen. Dennoch wird in den letzten Tagen wieder viel Geschrei über die deutsche Konkurrenz erhoben, die in vielen Fällen wieder unerträglich“ sei. Man fragt sich, ob es noch etwas zu demonstrieren gibt, das in diese „unerträgliche“ Kategorie fällt. Im Augenblick, so hört man aus London, sind es einige Docks, die von der deutschen Marine gebaut worden seien und die für eine deutsche Friedenswirtschaft so groß seien. Es würde uns also gar nicht überraschen, wenn man demnach die Sprengungen fortsetze. Der Rest der etwa „erträglich“ Objekte könnte dann „sozialisiert“ werden, resorbiert oder kontrolliert — je nach dem freundschaftlichen Vorbild.

Unsere Lageberichte

schmer ist doch größer als der Pessimismus, der sich ergeben müßte, wenn die Unternehmen nach allen konjunkturellen Erkenntnissen verfahren würden. Es wird realistisch, es wird billiger produziert und es wird billiger verkauft — wenn sich mit dem Preisversatz, der nun durch die Liberalisierung des Handels herbeigeführt wird, die Preise nicht gleichwertig sinken. Das kann nicht ganz ohne Bedenken gehen, aber es scheint verhältnismäßig günstig zu sein, als Optimisten erwarten konnten. Es wird auch noch manche Leistung geben und es wird noch mancher Betrieb um seine Existenz kämpfen müssen. Die beiden Konkurs in München (Dr. Georg Seitz Nacht — Baudruckerei — und C. A. Stiehl & Sohn GmbH — Optik) sind keine Zufälle. Auch bei der Textilindustrie wird mancher Mauer knirschend — auch sehr dicke Mauer. Jedoch auch hier sind gewisse Lichtblicke für die nächsten Wochen unverkennbar.

Die Straßenbauindustrie im Frühjahr 1950

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie schreibt: Im Rahmen einer Tagung der Fachabteilung Straßenbau des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie ergab sich folgendes Bild der gegenwärtigen Lage der Straßenbauindustrie. Die Straßenbauunternehmungen sind nach der Währungsreform ohne wesentliche Betriebsmittel in die D-Mark-Zeit eingetreten. Da die öffentlichen Bauverträge und damit der gesamte Straßenbau infolge des Fehlens von Haushaltsmitteln der öffentlichen Hand gegenüber dem privaten Baugewerbe nach der Währungsreform stark zurückgefallen ist, ist die Straßenbauindustrie sehr an Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Dies wurde um so fühlbarer, als sich in der Reichsmarkzeit nach Kriegsende der Kreis der Straßenbauämter durch eine Fülle von Neugründungen wesentlich erweitert hatte. Erst im Frühjahr 1949 wurde der Auftragsmangel für den Straßenbau durch den Einsatz neuer Haushaltsmittel etwas gemildert. Der Auftragsmangel der Fachbetriebe war jedoch so groß, daß es zu Entlassungen des weiblichen Personals und damit zur Herabsetzung von Aufträgen „zu jedem Preis“ kam.

Mehr Kredit

Damit kommen wir auf das Thema Kredit. Die Bank deutscher Länder schreibt: „Über die öffentlichen Finanzen ist in den ersten Monaten des Jahres in beträchtlichem Umfang Geld stillgelegt worden und dieser Vorgang hat die Erfüllung zweifelhafte wesentlich verzögert. In anfangs sogar bedrohlich zu ihrer Verhinderung beigetragen.“ Tatsächlich hat der Staat unverhältnismäßig hohe Summen aus der deutschen Wirtschaft herausgedrückt und diese Gelder zum Teil zum Ausbau von Ausfallstellen verwendet, zum Teil einfach als Einlagen im Bankwesen liegen lassen. Trotzdem ist offenbar im März die Expansion des kurzfristigen Bankkredits an die Wirtschaft zu einem gewissen Stillstand gekommen. Dabei spielt sowohl der Einbruch von Gegenwerten in einem Umfang von fast 200 Mill. DM im ersten Quartal 1950 eine große Rolle, aber auch die Verringerung des Einzahlungsüberschusses. Wenn man bedenkt, daß sich infolge der Außenhandelsfinanzierung und wegen der erwähnten Entwicklung der öffentlichen Finanzen nur ein Teil der gesamten Kreditverteilung in der privaten Wirtschaft als Verfügung über Geld niederschlagen konnte, dann besteht ein gewisses Lichtblick, den wir bereits angedeutet, die Kreditbereitschaft der Banken wird wachsen. Aus den Gegenwerten werden zunehmend weitere Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Steuern müssen gesenkt werden

Allerdings scheint das Programm auf Ermäßigung der Steuern immer noch nicht in greifbare Nähe gekommen zu sein. Die Schwerversteuern, die die Alliierten machen, sind immer noch erheblich und die Bedingung, Luxussteuern zu erheben, ebenfalls sehr unangenehm. Es ist ja wirklich erstaunlich, daß bei dieser Steuerlastung immer noch kein neues Produktionsverfahren ist und daß sogar Hoffnungen auf weitere Produktionssteigerungen zu Recht bestehen. Das darf aber sowohl die Bundesregierung, wie die Alliierten nicht zu dem Glauben verleiten, daß man so weiter Steuern aus der deutschen Wirtschaft herauspressen kann. Das Motto „Es ist noch einmal gut gegangen“ ist kein Motto für gesunde Finanzpolitik. Wenn nach dem Bericht der Bank deutscher Länder von Oktober 1949 bis Februar 1950 das sind fünf Monate, rund 6 Mrd. Steuern und eine Mrd. Sofortbeschlüssen aus der deutschen Wirtschaft herausgedrückt wurden, so beweist das zweifellos eine gewisse Widerstandskraft, aber die Rückschlüsse für dieses Monat in der Wirtschaft zu verzeichnen waren, müßten eigentlich die Aufmerksamkeit behelligen machen. Noch einmal können wir um einen solchen Rückschlag auch aus politischen Gründen — wie wir gesehen haben — nicht leisten. Vorbeugen ist besser als heilen. Die Steuern müssen herabgesetzt werden. Die Wirtschaft muß es verlangen und kann es verlangen. Auch hier haben die Vorleistungen einmal ein Ende. Das müssen auch die Alliierten einsehen.

Infolge der Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage sank das Preisniveau für Straßenbauarbeiten unter die Gesamtpreisobergrenze. Selbst die sozialesendenden Fachunternehmungen müßten im Interesse der Erhaltung ihres Fachpersonals wider besseres Wissen und gegen alle betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erkenntnisse handeln, weil die bevorstehenden Stellen weitgehend dann übergeben, die Aufträge nicht mehr zum angemessenen Preis sondern zum billigsten Preis zu vergeben.

Die Verhältnisse werden noch dadurch weiter verschlechtert, daß viele Bauherren die Baustoffe selbst liefern, so daß den Unternehmern nur die reine Lohnarbeit bleibt. Manche öffentlichen Dienststellen sind auch dazu übergegangen, Straßenbauarbeiten in eigener Regie durchzuführen und haben sich zu diesem Zweck sogar eigene Geräte angeschafft. Hierzu kommt noch, daß viele der öffentlichen Auftraggeber nicht mehr in der früher üblichen Weise prompt zahlen, sondern die Zahlungen auf Wochen hinaus verschleppen. Es ist nicht verwunderlich, wenn viele Straßenbauämter unter den gegebenen Verhältnissen mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern im Rückstand bleiben und sie ihre Löhne häufig nicht mehr voll ausbezahlen können. Die Verschuldung vieler Firmen ist bereits an der Grenze des Möglichen angekommen.

Die Straßenbauindustrie hofft, daß es den Bauverwaltungen in der Bundesrepublik 1950 möglich sein wird, die notwendigen Haushaltsmittel zu beschaffen, um eine Vollbeschäftigung der Straßenbauindustrie zu ermöglichen. Die Straßen-

bauindustrie erregt bei dieser Gelegenheit die Forderung, daß grundsätzlich das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Steuererhöhung zugunsten der Straßenbauindustrie zu Gunsten der Straßenbauunternehmungen nachteilig gehalten werden soll, dürfen die bevorstehenden Stellen der Straßenbauunternehmungen nicht mehr zu Betriebsunterstützung vergütet. Die Straßenbauindustrie und ihre Fachorganisationen sind gern bereit, mit den Bauämtern bei der Ermittlung des angemessenen Preises zusammenzuarbeiten. Als angemessen ist ein Bauweise nur dann anzusehen, wenn er die notwendigen Kosten deckt und einen mäßigen Satz für Wärme und Gewinn enthält. Die bevorstehenden Stellen sollten sich von der weit verbreiteten Meinung freimachen, daß die Kostendeckung allein genügt. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, würde jede Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe und damit jeder Fortschritt im Straßenbau unmöglich gemacht.

Die stärkste Entwicklung unserer Straßenbauindustrie zeigt sich an einer Vervielfachung des Absatzes. Die Zahl der Lastkraftwagen hat sich seit 1949 verdoppelt und die der Personenkraftwagen wird infolge der außerordentlich steigenden Produktion in Kürze ebenfalls diesen Stand erreicht haben. Im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrs werden die bevorstehenden Stellen in dieser Beziehung eine große Verantwortung. Nur mit einer gesunden Straßenbauindustrie ist es möglich, den Aufgaben gerecht zu werden, die an den modernen Straßenbau gestellt werden müssen.

Glasbaust wird schwieriger

Die westdeutsche Glasindustrie wird sich trotz der bisher günstigen Entwicklung auf schwierigeren Absatz verberufen müssen durch beschleunigte Rationalisierung ihres Kohle- und Rohstoffverbrauchs, ihrer inneren Betriebsorganisation und ihrer Erzeugenismethoden; daß es weiter notwendig ist, die Qualität über den Vorkriegsstand hinaus zu heben, braucht nicht besonders betont zu werden. Auf diese Anforderungen weist Marie Manarovitch, München, der bereits 1948 in einem Gutachten die mit einem massigen Wachstum der Glasindustrie verbundenen Gefahren darlegte. In einem Aufsatz der „Glasindustrie“ berichtet H. A. über die bei den kleineren und mittleren Betrieben mühsam arbeitensparende Verfahren eingeführt und die Leistung erhöht werden. Weiter müsse klar sein, daß die Zeit für die Gründung neuer Glashütten vorbei sei, und daß weder die Bundesrepublik noch die einzelnen Länder hierfür Kreditgarantien oder ERP-Kredite zur Verfügung stellen dürften, da das Risiko bei der gegebenen Sachlage wohl nicht zu veranschlagen wäre. Dagegen müßten die Forderungen für die technische Modernisierung und Rationalisierung des Betriebes jede

finanzielle Unterstützung bekommen. Denn in der Zukunft würden sich die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Produktion und die Weiterbeschäftigung der Arbeitsskräfte sein.

Die hohen westdeutschen Erzeugnisse für Glas im Jahre 1949 haben vielfach den Eindruck einer noch längeren Zeit anhaltenden Hochkonjunktur erweckt. Der Gipfel der Entwicklung ist nach der Beurteilung von Manarovitch jedoch bereits überschritten, wenn auch bei den Stapelwaren bis Jahresende die Bewegung noch nicht rückläufig war. Bei den übrigen Glasarten, namentlich bei verdichteten und verarbeiteten Glas, war der Rückgang aber bereits recht deutlich zu beobachten.

Harzer Metallergaben voll beschäftigt

Im Harzer Metallergaben waren im März alle Förder- und Produktionsstätten voll in Betrieb. Blei und Zink als Haupterzeugnisse wurden abtransportiert. Bei Blei machte sich allerdings wegen des Sinkens der USA-Notierungen bereits eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar. Im niederschlägigen Eisenergaben hat sich die Absatzlage wegen des Anstieges der Thomas-Roh-eisenerzeugung an der Ruhr verbessert. Feinbleichen brauchen nicht mehr verfahren zu werden. Die Nachfrage der Hochöfenwerke erhöhte sich auch infolge der klappen Bevorratung mit deutschen Erz seit dem Herbst 1949. Der Frachten-Krisenanstieg von 15,7 v. H. muß seit dem 1. 1. 1950 von den Hüttenwerken als Abnehmer getragen werden.

Die Großbetriebe von Industriezweigen, insbesondere die niederschlägige Maschinenindustrie, klagen darüber, daß die Gebührensätze für Gasentnahmen in Westdeutschland günstiger liegen als in Niedersachsen. Bei ihnen beträgt die Gebühr je cbm 2,5 Pfg. gegenüber 6 bis 7 Pfg. in Westdeutschland. Die niederschlägigen Werke seien dadurch im Wettbewerb benachteiligt.

Bergisch-Märkische Kleinindustrie

Die Beschäftigung der Bergisch-Märkischen Kleinindustrie war im

März 1950 unterschiedlich. Die Bolinger Schneidwarenindustrie und die Remscheid-Werkzeugindustrie belebten sich leicht infolge der Zunahme von Exportaufträgen. In geringem Umfang nahm die Zahl der Arbeitlosen in der Halberter Schloß- und Beschlagteilindustrie infolge der Lage kaum. Die Beschäftigung dieses Wirtschaftszweigs um seinen alten Rang zu Erweitern waren noch nicht erfolgreich. Die Metallwarenindustrie schaltete sich im März wieder mehr in den Export ein und ging zur Vollerzeugung über.

In der Harzger Kleinindustrie änderte sich die Lage — von leichter Exportbelegung abgesehen — unwesentlich; Schraubfabriken und Hersteller von Elektromaterial waren zu Entlassungen gezwungen. Die Lage der Beschäftigung der Harzger Kleinindustrie war unbeständig; die Harzger Werke müßten sich in der Lage befinden, die Harzger Werke derselben Wirtschaftszweigs in der Harzger Kleinindustrie zu übergeben. Metall- und Schweißindustrien waren gut beschäftigt, sowohl im Inland als auch in Aachen wurde der Export in Mädeln erweitert. Der Absatz von Rundstücken blieb gut, so daß Betriebsverlängerungen vorgesehen waren. Die Harzindustrie war mäßig beschäftigt. In der Industrie für Elektroinstallationsmaterial wurden neue Impulse von der Belebung des Baumarcktes erwartet.

In den staatsrechtlichen Industriezweigen und Kleinbetrieben blieb die Beschäftigung unbeständig. In Kleinstbetrieben stockte der Absatz, der Handel hielt mit Aufträgen zurück, weil er Preisrückstellungen erwartete. Die Kleinbetriebe rechneten mit neuen Aufträgen der Bundeswehr und lokalen Betriebsverlängerungen vor. Die Lage der Bretterwarenindustrie (Speise, Socken, Flanellgerätschaften) blieb aus Mangel an Exportaufträgen unbefriedigend. Die Kleinindustrie war gut beschäftigt, Magde aber sehr schleppenden Zahlungseingangs.

Industrie der Körperpflegemittel

In der ganzen Welt ist bei Körperpflegemitteln wie Zahnpasta, Hautcreme, Haar- und Kopfwasser und Kölnisch Wasser, eine Entwicklung zum

Markenartikel festzustellen. Mit der zunehmenden Liberalisierung des Außenhandels wird es noch stärker als bisher spürbar werden. Allmählich wird es zu einer Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Marken und zu einer weitgehenden Spezialisierung kommen. Die kleineren leistungsfähigen Fabrikanlagen werden dabei ihr Aufgabengebiet im wesentlichen in der Herstellung von Spezialitäten finden, deren Markt zu klein ist, als daß er für die großen Unternehmen rentabel wäre. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren ist die französische Industrie gerade bei den Spezialitäten mit hochwertigen Erzeugnissen erfolgreich gewesen. Sie wurde durch den ausgedehnten Schmuggel an der deutschen Westgrenze noch gefördert.

Die Rohstoffe für die Produkte der Körperpflegemittel-Industrie sind in der Nachkriegszeit erheblich teurer geworden, insbesondere Fett und Alkohol. Auch die Einfuhr von pflanzlichen Ölen und Fetten kostet viel mehr als früher, zumal die JETA noch zu recht hohen Preisen Abschläge vorgenommen hat. Aus diesen Gründen haben die Unkosten zwar den Wert nach wieder den Vorkriegsstand erreicht, jedoch noch nicht der Menge nach. Für Körperpflegemittel werden in Westdeutschland etwa 8 DM je Kopf jährlich ausgegeben, in den USA aber z. B. ungefähr acht Dollar.

Das Ausfuhrgeschäft, das in der Vorkriegszeit recht bedeutsam war, ist bis jetzt noch recht geringfügig geblieben. Dazu trägt bei, daß der breite deutsche Inlandmarkt fehlt, der Voraussetzung für jedes nachhaltige Ausfuhrgeschäft ist. Die verschiedenen Hemmnisse im Außenhandel haben in einer Reihe von Ländern den Aufbau oder Ausbau einer eigenen heimischen Industrie verhindert. Sehr erheblich für den deutschen Außenhandel ist weiter der fehlende Nachschub für deutsche Handelsmarken. So lange ausländische Firmen ein nicht vollwertiges Erzeugnis unter den bekannten deutschen Marken vertrieben können, ist es unmöglich, auf den ausländischen Märkten den Absatz in größeren Umfang auszubauen. (Wir weisen darauf schon in Nr. 3 vom 18. 1. in dem großen Aufsatz hin: „Gebt die deutschen Marken zurück“).

Stand der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung

Der Stand der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung läßt in der Woche nach Ostern folgendes Bild: Die ersten Transche der DM-Gegenwerte, die insgesamt einen Betrag von 1038 Mill. DM umfassen, ist zu einem großen Teil in Anspruch genommen worden. Davon entfallen 399 Mill. auf das Bundesgebiet und 639 Mill. auf Berlin. Von dem erwähnten Betrag hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereits 681 Mill. DM fest an die letzten Kreditnehmer zugesagt. Die Kreditanstalt hat inzwischen 473 Mill. DM erhalten und hiervon 400 Mill. DM zu den Osterräumen ausgeglichen. Die 900 Mill. DM des sog. Acht-Punkte-Programms werden, wie erinnerlich, folgendermaßen verteilt: 250 Mill. gehen an die Bundesbahn, 50 Mill. sind für die Industriebank bestimmt. Die 300 Mill. des sog. Schwerpunkts-Programms entfallen zu 150 Mill. auf die Vermögenshilfe und werden in Niedersachsen und Schleswig-Holstein verteilt. Der Rest von 278 Mill. verteilt sich auf Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern und den nördlichen Teil von Hessen. Empfänger sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Verkehrs, Versorgungsbetriebe, Fließbandbetriebe, Fischfang, Rinnenschiffahrt und Fremdenverkehr. Von den 300 Mill. DM, die für Exportfinanzierung vorgesehen sind, sind die ersten Transaktionen bereits abgeschlossen.

Abgesehen von den Krediten für die Exportfinanzierung sind gewisse Teilbeträge für die Bundesbahn gezahlt worden. Alle anderen Vorhaben befinden sich noch in der Entwicklung. Mit dem Einsatz der für den Wohnungsbau vorgesehenen Mittel hapert es vorläufig.

Aufträge der Besatzungsmächte von 1,5 Mrd. DM

Die westlichen Besatzungsmächte erheben zu Ende der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands Aufträge im Höhe von 1,5 Mrd. DM. Das Wirtschaftsministerium weist darauf hin, daß dieser Betrag erhebliche wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Daher wird es im Ministerium für notwendig erachtet, die Auftragserteilung und die Steuerung der Aufträge über das Bundesgebiet durch den Bundesminister beeinflussen zu lassen.

Verdoppelung des Waren-austausches mit Indien

Der Gesamte und bevollmächtigte Minister der Republik Indien, Khub Chand, verhandelt mit verschiedenen Firmen des westlichen Ruhrgebietes. Es wurden die Möglichkeiten besprochen, den indisch-deutschen Handel, der von 1. Juli 1950 verdoppelt werden soll, zu intensivieren. Die Hauptmöglichkeiten für die Steigerung des Waren-austausches liegen darin, daß Indien gegenwärtig nicht genügend Landprodukte ausführen kann. Für den Ausbau der indischen Industrie werden Investitionen, namentlich schwere Maschinen, benötigt.

Der Gesamte ist der Ansicht, daß sich im Zuge des indischen Industrieaufbaues ein weites Betätigungsfeld für deutsche Techniker und Ingenieure eröffnet.

Die Inspektion des Zollgrenzdienstes Braunschweig hat durch ihre Grenzbeamten allein im März an der Zonen-grenze Waren im Werte von 2,1 Mill. DM beschlagnahmt, darunter über 1,1 Kaffee und 4 Mill.igaretten. Diese Mengen stellen nur einen geringen Teil der im März von annähernd 200 000 Personen (legit) über die Grenze gebrachten Waren dar. Bis jetzt haben alle Überlegungen, diesem Unbestand abzuheilen, noch nicht zu brauchbaren Ergebnissen geführt.

Venezolanischer Auftrag

Die Regierung von Venezuela hat ein Angebot deutscher Firmen angenommen, im Austausch für Rohöl umfangreiche Reparatur- und Modernisierungsarbeiten an zahlreichen venezolanischen Bahnhöfen durchzuführen. Die deutschen Firmen werden zunächst mit Arbeiten an der Bahnhofs Caracas-Berlinstraße beginnen, wofür zahlreiche Transportmaterialien, darunter auch Lokomotiven, geliefert werden soll. Nach Mitteilung der venezolanischen Regierung haben sämtliche Vorschläge ebenfalls gute Aussichten auf Verwirklichung, da es Venezuela nur auf dieser Weise möglich ist, die dringend erforderliche Modernisierung des Verkehrsnetzes durchzuführen.

Das Berliner Notstandsprogramm

25 Mill. Mark ERP-Mittel und 50 Mill. Mark aus dem Sonderfonds sollen im Berliner Notstandsprogramm eingesetzt werden, das am 17. April anlaufen wird. Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats soll die Summe vorläufig aufgeteilt werden: 20 Mill. für Entlohnung, 14,4 Mill. für Park- und Gartenanlagen, 17,4 Mill. für Tiefbau, 8 Mill. für Hochbau, 15 Mill. zur Vorbereitung des Neuaufbaus von Betriebsstätten, 20 Mill. für produktive Maßnahmen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, 1,2 Mill. für Forsten und 20 Mill. Mark für produktive Maßnahmen in städtischen Betrieben. Der Magistrat hofft, daß bis zum 1. Mai über 50 000 Notstandsarbeiter vermittelt werden können.

1,5 Millionen DM Kredit für die BVG Berlin

Der Westberliner Magistrat ermächtigt am 11. 4. den Eigenbetrieb Berliner Verkehrsbetriebe, bei der Berliner Industriehank AG einen Kredit aus ERP-Mitteln in Höhe von 1,5 Millionen DM aufzunehmen, und zwar mit einer Laufzeit von zehn Jahren, und einem Zinssatz von fünf Prozent. Die Tilgungsbedingungen liegen noch nicht fest.

Westberlin paßt sich dem Preisrecht der Bundesrepublik an

Der Westberliner Magistrat hat am 11. April eine Anordnung über die Freigabe und eine Anordnung über die Preisbildung für eingeführte Güter beschlossen, die auf der Grundlage des am 1. April in Kraft getretenen Preisgesetzes eine Anpassung an das Preisrecht der Bundesrepublik bringen.

In der Preisfreigabe-Anordnung sind diejenigen Güter und Leistungen aufgeführt, deren Preisbildung noch weiterhin der bisherigen Preisvorschriften unterliegt. Die wichtigsten Güter davon sind aus der Ernährungswirtschaft:

Der Schmuggel über die Ostzonen-grenze

Die Inspektion des Zollgrenzdienstes Braunschweig hat durch ihre Grenzbeamten allein im März an der Zonen-grenze Waren im Werte von 2,1 Mill. DM beschlagnahmt, darunter über 1,1 Kaffee und 4 Mill.igaretten. Diese Mengen stellen nur einen geringen Teil der im März von annähernd 200 000 Personen (legit) über die Grenze gebrachten Waren dar. Bis jetzt haben alle Überlegungen, diesem Unbestand abzuheilen, noch nicht zu brauchbaren Ergebnissen geführt.

Unter den geschmuggelten Waren befinden sich auch viele wertvolle elektronische Erzeugnisse aus der Sowjetzone. Gegenüber den Ostmarkpreisen für diese Waren ist die Industrie im Bundesgebiet kaum wettbewerbsfähig. Außerdem gehen die hohen Kursunter-schiede zwischen der Westmark und der Ostmark allgemein den Grenzgebiets die Möglichkeit, die westdeutschen Preise zu unterbieten.

Aus der Versicherungswirtschaft

Guter Zugang bei Karlsruher Leben

Bei der Karlsruher Lebensversicherung AG. wird auf Grund der Abschlüsse im ersten Vierteljahr 1950 weiter mit einem guten Neuzugang gerechnet, der das Ergebnis von 1949 in Höhe von rd. 87 Mill. DM noch übertrifft soll. Der auf Grund der Währungsreform herabgesetzte Bestand betrug am 31. 12. 1949 insgesamt 494 Mill. DM. Das Prämienaufkommen für 1949 wird auf rd. 24 Mill. DM, gegenüber 23 Mill. DM im 1. Quartal des Jahres, und dem Reichsgebiet aufgeführt wurden. In der Zeit von der Geldreform bis zum Ende 1949 wurden 14,5 Mill. DM neu angelegt. Im gleichen Zeitraum wurden rd. 13 Mill. DM an die Versicherten bezahlt, davon 6,4 Mill. DM für Todesfälle.

Steuerverständigung für Pflichtlinge

In dem Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das noch von den hohen Kommissaren zu genehmigen ist, sind für lebensversicherungspflichtige, Nebengewerbetätige und Verleiher besondere Steuerverständigungen insofern vorgesehen, als die Höchstbeträge für beschränkt steuer-

fähige Sonderausgaben, also auch für Lebensversicherungsprämien, und die Hälfte der Mehrbeträge bis zu 15 v. H. des Nettobetrages der Einkünfte (bisher nicht mehr als 18 000 DM) voll ausgenutzt werden können. Die bisherige Einengung der Höchstbeträge von 400 DM für den Steuerpflichtigen und 400 DM für die Ehefrau und einmündigungsverpflichtete Kinder sowie die Einengung der Zusatzbeträge, wenn die Aufwendungen für die Wiederbeschaffung von Haushalt und Kleidung den Betrag von 100 DM für den Steuerpflichtigen und je 100 DM für die Ehefrau und Kinder überschreiten, werden entfallen. Nach dem neuen § 13a werden für den genannten Personenkreis auf Antrag bestimmte Freibeträge für die Wiederbeschaffung von Haushalt und sonstigerhalb der Sonderausgaben und ohne Nachweis der Vorauszahlung gewährt.

Sitaverlegung von Unternehmen

Die Thüringia Versicherungs AG, Hann.-Münden, und die Fortuna Birk-versicherungs AG, Hann.-Münden, werden der seitv. am 20. 4. die Sitaverlegung der Gesellschaften von Hann.-Münden nach München vorschlagen.

und die Schiffahrtswerte konnten um 1 Punkt steigen. Auffallend ist die einheitliche Entwicklung bei den Festverzinslichen. Trotz an sich nicht unfruchtlicher Tendenz müßte doch der fröhliche oder andere Kurs um ein Achtel die Wiederbeschaffung von Haushalt und sonstigerhalb der Sonderausgaben und ohne Nachweis der Vorauszahlung gewährt.

Es wäre verfehlt, diese Börsenhausse mit dem Optimismus, den wir in konjunktureller Hinsicht haben und den auch die Bank deutscher Länder in ihrem Bericht zum Ausblick bringt, in Zusammenhang zu bringen. Die Börsen ist bei dem geringen Angebot kein Maßstab. Die Börsenentwicklung läuft fast ganz unabhängig von der Wirtschaftsentwicklung. Das wird sich hoffentlich einmal ändern, aber vorläufig ist es noch nicht so weit.

Mit schwarzem Smaragd nimmt die deutsche Wirtschaft noch einmal das schwere Kreuz auf ihre Schultern und trägt es wieder ein Stück weiter. Es wird aufwärts gehen, aber es darf kein Kalvarienberg werden. Dafür müssen nun Alliierte und Deutsche gemeinsam sorgen.

sehr fernlegend; ausländisches Kapital in die deutsche Maschinenindustrie — eben zur Verstärkung des Vorfeldes.

Bleiben wir bei den Kursen. Die Nachfrage nach Montanwerten trat am Montag vorläufig auf, aber es war fast ausschließlich der Berufshandel, und kaum Bankgrundgeschäft. Da insbesondere wenig Material angeboten wurde, sind die Kurssteigerungen entsprechend zu werden. Die Montanwerte stiegen fast alle um mindestens 4, manche um 6 Punkte, so Stahlverein um 8 Punkte auf 64, Hoesch auf 54, Klöckner auf 55, Mannesmann auf 65, Rhein Stahl auf 58, Hiltl auf 61, Harpener auf 47, Bulowus auf 75, schließlich Rheinbraun auf 55. Alle anderen Papiere wurden von dieser Aufwertentwicklung ausgenommen; AEG stieg auf 58, Siemenswerke auf 47, RWE auf 57 und Rheinische Elektra auf 58. Deutsche Erdöl auf 60, Salzhütte auf 62, Winterhall auf 54, Dabner auf 49, BMW auf 24, Adler auf 30, Schering auf 34, Salanador auf 78. Conß-Gummi auf 105, und eine Sonderbewegung brachte Grün & Biffinger auf 60. Auch die Banken waren befestigt

Börsenhausse
Es tritt uns jedenfalls auf, daß die in der vorigen Woche begonnene Hausse an der deutschen Börse sich auch am Anfang dieser Woche verstärkt fortgesetzt hat. Und es fällt auf, daß diese Hausse sich auf die Montanwerte konzentriert hat. Die Börsenbeurteilung lautet auf Änderung des Gesetzes 75. Zweifellos wäre so etwas ein Grund, wenn eben nicht dieser Grund wieder einen politischen Hintergrund hätte. Wenn nun aber als Grund, was tatsächlich geschähe ist, die Möglichkeit des Einfließens ausländischen Kapitals angesehen wird, dann fragen wir uns wieder vorwundernd, warum denn gerade die Montanwerte besonders stark von der Hausse gepackt werden. Die Kombinationen wären ja dann nicht

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG G. m. & H. Karlsruhe, Völknerstraße 15. Chefredakteur: Dr. Hans Heiser. Karlsruhe, Reichsstraße 10. Verlagsleiter: Dr. Hans Heiser. Preis: 1,50 DM. Abonnement: 1,50 DM. Einzelhefte: 1,50 DM. Druck: G. m. & H., Karlsruhe.

„Mehr exportieren um besser leben zu können“

Anlässlich der Hauptversammlung der Vereinigung der Metall- und Eisenwarenindustrie Württemberg-Baden erklärte der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, in Stuttgart, Deutschland müsse mehr exportieren, um besser leben zu können. Wenn auch auf den verschiedensten Gebieten der deutschen Wirtschaft Schwierigkeiten beständen, so dürfe man nicht außer Acht lassen, daß vor zwei Jahren kaum jemand einem derartigen Aufschwung der Industrie, Produktion erwartet habe, wie ihn Westdeutschland in diesem Zeitraum tatsächlich zu verzeichnen hat. Für die Beteiligung ausländischen Kapitals an der deutschen Wirtschaft, so erklärte Präsident Berg weiter, können nur die Schweiz und die USA in Frage. Von der Schweiz seien aber nicht die erforderlichen umfangreichen Gelder zu erwarten. Private Investitionen amerikanischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft sind nach Ansicht Bergs nur möglich, wenn nach Beendigung des ERP-Programms die amerikanischen Gelder gegen Staatsbürgerschaft der amerikanischen Regierung in die Bundesrepublik trans-

feriert werden können. Präsident Berg vertrat die Meinung, daß die Gegenwertmittel lieber nicht nach den ursprünglichen Zielen des Marshallplans verwendet werden seien. Sie hätten lieber ausschließlich dazu gedient, die nationalen Wirtschaften der einzelnen Mitgliedstaaten am ERP auszubauen. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Stahlindustrie in Frankreich, im Saargebiet und im Ruhrgebiet müsse man zu dem Schluß kommen, daß hier Fehlinvestitionen vorgenommen wurden. Wenn die ERP-Gelder in der bisherigen Form weiterhin Verwendung finden werden, so werden wir zumindest in Westdeutschland ein großes Dilemma haben, als vor Beginn des Marshallplans, falls es nicht gelingen sollte, Privatkapital aus den USA zu erhalten.

Zur Frage des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes und der veränderten Situation durch die Aufhebung der Beschränkung durch den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy sagte Präsident Berg, wenn die Gewerkschaften mit ihren Forderungen über die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer sich durchsetzen sollten,

ist die gesamte deutsche Wirtschaft gefährdet und wir wären auf dem besten Wege zur Sozialisierung“.

Bonner Exportwirtschaft und Liberalisierung

Die Erfahrungen der Bonner Exportwirtschaft mit den Auswirkungen der Währungsabwertungen und der Liberalisierung seien nicht ungenügend, erklärte der Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Bonn für 1949. In den letzten Monaten des Jahres habe sich zum Teil bereits eine Vergrößerung des Exportvolumens ergeben, so bei speziellen Profilen und Kupferdrähten, aber auch bei Fertigerzeugnissen vieler Branchen. Das trifft u. a. für gewisse Spezialmaschinen zu. Man erwartet für die nächste Zeit teilweise eine günstige Entwicklung des Auftragslage aus dem Ausland.

Österreichische Glasindustrie braucht deutsche Maschinen

Aus Kreisen der österreichischen Glasindustrie werden immer häufiger Klagen laut, daß die so dringend benötigten Einfuhren von Ersatzteilen und Maschinen für die Glasreinigung aus Deutschland noch immer nicht in Fülle gekommen ist. Dabei ist die österreichische Glasindustrie gut beschäftigt. Das Export war 1949 um 10% höher als 1948, neue Produktionsstätten wurden aufgenommen, so u. a. die Erneuerung von Laboras, Beleuchtungs- und Luvschalen. Den wichtigsten Posten macht der Export von Glaschemikalien aus, der etwa 3 Mill. Dollar einbrachte. Von der Sonnenschutzglasproduktion werden vier Fünftel exportiert.

Eine in Prüfburg verlebene Porzellanfabrik hat ihren Betrieb in Oberösterreich neu aufbaut, und erzeugt derzeit mit einem Ofen monatlich etwa 3 Waggons Gebrauchsporzellan (rund 60.000 Stück). In diesem Jahre noch wird ein zweiter Ofen in Betrieb genommen und die Monatsproduktion auf 16-13 Waggons erhöht. Von 1951 an wird Österreich dadurch in die Lage versetzt, seinen gesamten Bedarf an Gebrauchsporzellan, Porzellangeschirr usw. im Inland zu decken und auf die Porzellanexporteinfuhren aus Deutschland und der DDR — jährlich rund 130 Waggons — zu verzichten.

Schwierigkeiten im Handel mit Italien

Vor einem Kreis geladener Gäste des Rhein-Ruhr-Gebietes sprach in Düsseldorf der italienische Handelsbeauftragte für Deutschland, Dr. Aldo Morante, über die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen. In einer offenen Ansprache wurden bei dieser Gelegenheit die Schwierigkeiten und Hemmnisse aufgezählt, die den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien im Wege stehen. Dr. Morante verwies besonders auf die für

Italien ungünstigen Auswirkungen des Lizenz-Systems und der Import-Ausgleichsmaßnahmen für die Ausfuhr von Gartenbauernzeugnissen und Wein nach Deutschland. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich nach der Fertigstellung des deutschen Zolltarifs und der Genehmigung des italienischen Zolltarifs günstigere Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ergeben würden.

Deutscherseits wurden Bedenken geäußert wegen der in Italien beabsichtigten Erhöhung der Stahlproduktion von bisher 3 Mill. t auf 35 Mill. t. Italien ist im Übrigen an dem Bezug von westdeutschen Eisen- und Stahlprodukten interessiert, allerdings kann den italienischen Einfuhrwünschen, z. B. hinsichtlich Kanalarbeitsmaschinen, nicht immer voll entsprochen werden. — Den Abschluß der Zollverhandlungen beabsichtigt Dr. Morante als einen wichtigen Punkt auf dem Wege zum freien Handel.

Schwedische Exportvereinigung zum Deutschlandhandel

Das Organ der schwedischen Exportvereinigung „Svenska Utrikeshandeln“ erklärt in seiner neuesten Ausgabe, bei den Veränderungen der großräumigen Verteilung des Außenhandels interessiert am meisten die Ausdehnung unseres Handels mit Westdeutschland, da in den ersten Monaten dieses Jahres beziehungsweise zu unserem größten Exportmarkt und nächst England bedeutendsten Lieferant aufgeführt ist. Auch wenn zufällige Faktoren eine Rolle gespielt haben, ergibt sich doch ein unabweisbarer Hinweis auf die wirtschaftliche Erholung Deutschlands, das schneller als erwartet im Begriffe ist, seinen traditionellen Anteil am schwedischen Außenhandel wieder zu gewinnen.

Beitritt zum Weltweizenabkommen dringlich

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat sowie dem Bundestag dringlich nahegelegt, den von ihr ausgearbeiteten Gesetzentwurf zum Beitritt Deutschlands zum Weltweizenabkommen durch Ratifizierung des Abkommens umgehend zu verabschieden. Die Regierung gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Bundeskassen durch den Beitritt 200 Mill. DM einsparen können. Dieser finanzielle Vorteil soll so schnell wie möglich wahrgenommen werden.

Amerikanische Zollbestimmungen

Vertreter des US-Amtes für Zollschätzungen befinden sich gegenwärtig auf einer Business-Tour durch Deutschland, um die deutschen Exporteure über die Bestimmungen der amerikanischen Zollgesetze aufzuklären. Die Herren geben bekannt, daß sie am 5. und 6. Mai sowie am 10. und 11. Mai im Generalkonsulat der Vereinigten Staaten, Frankfurt/Main, Bockenheimer Anlagen 1, tageweise für Informationen zur Verfügung stehen werden.

Ballen unregelmäßigen Auswirkungen des Zollsystems und der Import-Ausgleichsmaßnahmen für die Ausfuhr von Gartenbauernzeugnissen und Wein nach Deutschland. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich nach der Fertigstellung des deutschen Zolltarifs und der Genehmigung des italienischen Zolltarifs günstigere Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern ergeben würden.

Deutscherseits wurden Bedenken geäußert wegen der in Italien beabsichtigten Erhöhung der Stahlproduktion von bisher 3 Mill. t auf 35 Mill. t. Italien ist im Übrigen an dem Bezug von westdeutschen Eisen- und Stahlprodukten interessiert, allerdings kann den italienischen Einfuhrwünschen, z. B. hinsichtlich Kanalarbeitsmaschinen, nicht immer voll entsprochen werden. — Den Abschluß der Zollverhandlungen beabsichtigt Dr. Morante als einen wichtigen Punkt auf dem Wege zum freien Handel.

76327 deutsche Patente angemeldet

49 201 Gebrauchsmuster und 31 668 Warenzeichen

76327 Patente wurden zwischen dem 1. Oktober 1948 und dem 31. Dezember 1949 angemeldet, wie aus der Statistik des Deutschen Patentamtes, München, im Märzheft des Blattes für Patent-Muster- und Zeichenwesen hervorgeht. Im gleichen Zeitraum wurden 2 068 Anträge auf Aufrechterhaltung von Altpatenten und 10 Anträge auf Nichtöffentlichkeitserklärung von Patenten gestellt. Vor Eröffnung des Deutschen Patentamtes am 1. 10. 49 wurden von den Antragsstellern, Darmstadt und Berlin 81 002 Patentanmeldungen eingereicht. Die Klasse „Elektrotechnik“ führt bei den Patentanmeldungen, wie früher, mit 8850, es folgen „Instrumente“ mit 3698, „Leichtere Fahrzeuge“ mit 3595 und „chemische Verfahren“ mit 3411 Anmeldungen. Von den bis 30. 9. 49 eingegangenen Patentanmeldungen entfallen 44 831 auf das VWG, 1861 auf die französische, 1483 auf die Sowjetzone, 3768 auf Berlin und 8939 auf das Ausland. In der Länderstatistik über nach dem 1. 10. entgegengenommene Anmeldungen führt Nordrhein-Westfalen mit 3392, gefolgt von Bayern mit 2332 Anmeldungen. Aus der SZB kamen in dieser Zeit 327, aus Berlin 876 und aus dem Saarland 40 Anmeldungen. Die Auslands-Anmeldungen betreffen zwischen dem 1. 10. und 31. 12. 49: 2623, davon 518 aus Außer-Europa (USA 463). Unter den europäischen Ländern führt die Schweiz mit 643, gefolgt von Frankreich mit 318 und Großbritannien mit 292 Anmeldungen. Von 1. 10. 48 bis 30. 9. 49 waren 83,15 Prozent und vom 1. 10. 49 bis 31. 12. 49 waren 82,8 Prozent Inlandsanmeldungen.

Die Zahl der in den gleichen Zeiträumen angemeldeten Gebrauchsmuster beläuft sich auf 49 201, wobei die Klasse „Elektrotechnik“ mit 4797 wiederum führt, gefolgt von „hauswirtschaftlichen Maschinen“ usw. mit 4010 und dem Hochbauwesen mit 3329 Anmeldungen. Bei Jahresluß 1949 waren 48 262 Gebrauchsmuster-Anmeldungen angedeutet, davon 28 542 (59,1%) ausgesetzte Hilfsanmeldungen. Zwischen dem 1. 10. 48 und dem 30. 9. 49 kamen 34 479 Gebrauchsmusteranmeldungen aus dem

WVG, 1209 aus der französischen Zone, 1182 aus der Sowjetzone, 1884 aus Berlin und 1476 aus dem Ausland. In der Länderstatistik über nach dem 1. 10. 49 eingegangene Anmeldungen führt Nordrhein-Westfalen mit 3462, gefolgt von Bayern mit 1828 Anmeldungen. Aus der SZB kamen in dieser Zeit 333, aus Berlin 454 und aus dem Saarland 10 Anmeldungen. Die Auslands-Anmeldungen betragen zwischen dem 1. 10. und 31. 12. 49: 225, davon 36 aus Außer-Europa (USA 29). Unter den europäischen Ländern führt die Schweiz mit 45, gefolgt von den Niederlanden mit 34 und Österreich mit 32 Anmeldungen.

Auf dem Warenzeichengebiet wurden von 1. 10. 48 bis 31. 12. 49 31 668 Anmeldungen (davon 218 Alt-Vorgängen), 573 Warenzeichen wurden zurückgezogen, 31 096 Warenzeichenanmeldungen waren Ende 1949 noch nicht erledigt und 11 114 Anträge auf Aufrechterhaltung von Alt-Warenzeichen waren bis zum 31. Dez. 1949 gestellt. Von den 31 668 WZ-Anmeldungen bis 30. 9. 49 kamen 20 907 aus dem VWG, 1133 aus der französischen Zone und 1 061 aus der Sowjetzone, 1243 aus Berlin und 860 aus dem Ausland. In der Länderstatistik über nach dem 1. 10. 49 entgegengenommene WZ-Anmeldungen führt Nordrhein-Westfalen mit 1457, gefolgt von Bayern mit 911 (SZB 223, Berlin 230, Saarland 1). Die Auslands-Anmeldungen betragen zwischen dem 1. 10. und 31. 12. 49: 248, davon 85 aus Außer-Europa (USA 69). Unter den europäischen Ländern führt Großbritannien mit 70, gefolgt von der Schweiz mit 39 Anmeldungen. Es wurden zwischen dem 1. 10. und 31. 12. 49 397 Anträge auf internationale Registrierung deutscher Alt-Warenzeichen gestellt, davon wurden 36 Registrierungen vorgenommen, 3 Anträge wurden zurückgezogen, so daß noch 259 Anträge mit Ende 1949 unerledigt waren. Bei dem Antrag auf internationale Registrierung führen Arzneimittel, Desinfektionsmittel und Mittel zum Frischhalten und Haltbarmachen von Lebensmitteln mit 62 Anträgen.

Die Bestrebungen der deutschen Weinwirtschaft zur Wiedereingliederung in den Exportmarkt dürften in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Tragweite nicht unterschätzt werden. Weineport bedeutet für die Bundesrepublik einen fast 100%igen Devisengewinn, da für den Anbau des Weins bis zur verkaufsfähigen Aufbereitung lediglich für die Beschaffung von Kork ein ganz minimaler Devisenaufwand erforderlich ist. Darüber hinaus darf aber nicht vergessen werden, daß mindestens 500 000 Menschen unmittelbar von Weinbau leben, d. h. bei einer Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet von 31 500 ha fast zehn Millionen von 1 ha und diese Zahl unter Berücksichtigung der anderen weinbaubeherrschenden Industrie- und Handlungsbetriebe (Fabriken für Schiffsbaubehelfen, Spritzgeräte, Essigsäurefabriken, Weinherstellung usw.) auf sicher eine Mill. Menschen anwächst.

Die Bestrebungen der deutschen Weinwirtschaft zur Wiedereingliederung in den Exportmarkt dürften in ihrer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Tragweite nicht unterschätzt werden. Weineport bedeutet für die Bundesrepublik einen fast 100%igen Devisengewinn, da für den Anbau des Weins bis zur verkaufsfähigen Aufbereitung lediglich für die Beschaffung von Kork ein ganz minimaler Devisenaufwand erforderlich ist. Darüber hinaus darf aber nicht vergessen werden, daß mindestens 500 000 Menschen unmittelbar von Weinbau leben, d. h. bei einer Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet von 31 500 ha fast zehn Millionen von 1 ha und diese Zahl unter Berücksichtigung der anderen weinbaubeherrschenden Industrie- und Handlungsbetriebe (Fabriken für Schiffsbaubehelfen, Spritzgeräte, Essigsäurefabriken, Weinherstellung usw.) auf sicher eine Mill. Menschen anwächst.

Der internationale Rheinschiffsverkehr

Zwanzigfache Steigerung des deutschen Anteils

Der internationale Rheinschiffsverkehrsverkehr brachte im ersten Vierteljahr 1950 sowohl in seiner Gesamtheit wie auch in seiner Aufgliederung auf die daran beteiligten Flaggen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bemerkenswerte Ergebnisse, die in der zwanzigfachen Steigerung des deutschen Anteils am Gesamtverkehr gipfeln. Der Gesamtverkehr weist an der deutsch-niederländischen Grenze bei Emmerich von den drei ersten Monaten des Vorjahres bis zum gleichen Zeitraum des laufenden Jahres eine Steigerung um 17,8% auf, wobei auf den Talverkehr eine Zunahme um 18,8 und auf den Bergverkehr eine solche von 15,4% entfällt. Im einzelnen ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

	1950		1949
	(in Tonnen)	(in Tonnen)	
Gesamtverkehr	5 118 438	4 353 375	
davon:			
Talverkehr	3 400 620	2 950 713	
Bergverkehr	1 619 818	1 402 662	

Talbucht	1950		1949
	(in Tonnen)	(in Tonnen)	
deutsch	807 618	17 052	—
niederländisch	2 125 444	2 285 774	8,2
belgisch	129 280	621 242	18,8
französisch	328 088	143 886	30,1
sowjetisch	173 926	30 254	161,3
sonstige	39 500	9 548	

Bergbucht	1950		1949
	(in Tonnen)	(in Tonnen)	
deutsch	876 381	18 304	—
niederländisch	895 632	943 987	8,8
belgisch	321 376	338 262	—
französisch	62 180	177 695	37,1
sowjetisch	108 732	128 989	34,3
sonstige	11 894	2 728	

Bei dieser Übersicht fällt die Entwicklung des mit deutschen Schiffen bewilligten internationalen Güterverkehrs in den beiden Vergleichsperioden besonders auf. Die nur mit einer ungewöhnlichen Prozentdifferenz wiederzuziehende Zunahme des mit Schiffen unter deutscher Flagge beförderten Ladegutes beläuft sich in der Talbucht auf über das 16fache, in der Bergbucht auf mehr als das 14fache. Im ersten Quartal 1949 unter allen an der internationalen Rheinschiffahrt beteiligten Anlieferstaaten in beiden Richtungen an letzter Stelle liegend, errang in der Talbucht die deutsche Rheinschiffahrt den dritten und in der Bergbucht den zweiten Platz nach der niederländi-

sehen bzw. belgischen Rheinflotte. Beachtenswert ist, daß die Beteiligung der deutschen Rheinschiffe an der Verladung stromauf, nicht die gleiche Entwicklungsmöglichkeit offenstanden wie im Talverkehr; die Einfuhr über die Rheinmündungshäfen hat noch nicht wieder das Ausmaß früherer Jahre erreicht, während im Talverkehr sich der deutsche Rheinschiffahrt weit größere Möglichkeiten eröffneten und auch realisiert wurden. Anders läßt sich hier das Anwachsen auf fast eine halbe Million Tonnen nicht erklären.

Das Wiedereintrücken der deutschen Pflüge in den Talverkehr hat sich nur teilweise auf Kosten der niederländischen Rheinschiffahrt vollzogen, die um knapp ein Prozent mehr Güter zu Tal beförderte als im 1. Vierteljahr 1949, während in der Bergbucht eine Prozentsteigerung der Beförderung zu verzeichnen ist. Die vorherrschende Stellung der niederländischen Flagge im internationalen Rheinschiffahrt ist nach wie vor unerschütterlich.

Am stärksten verdrängt wurde offensichtlich die belgische Flagge, die sowohl in der Tal- wie auch in der Bergbucht Einbußen von 18 bzw. 37% erlitt und damit den im vorjährigen Berichtsjahr unbestritten eingenommenen zweiten Platz in der Bergbucht einbüßte und in der Talbucht auch nur knapp gegenüber der vorliegenden deutschen Rheinflotte behauptete.

Wiederum eine ganz andere Entwicklung nahm die französische Rheinschiffahrt; während in der Talbucht eine Verkopplung eingetreten ist, war der Anteil der Bergbucht rückläufig.

Relativ am besten nach der deutschen Flagge hat die schweizerische Rheinschiffahrt abgeschnitten, die ihren Anteil am internationalen Güterverkehr in der Talbucht verdoppelt konnte und auch in der Bergbucht um über 50% steigerte. Im großen und ganzen hat damit die internationale Rheinschiffahrt zu Jahresanfang den Trend des Jahres 1949 — teilweise in verstärkter Maße — fortgesetzt. Insbesondere liegt das Wiederanstreben der deutschen Rheinflotte in der Linie der vorjährigen Entwicklung. Prozenzual betrachtet erreichte der internationale Rheinschiffahrt in jeder Richtung im ersten Quartal 1950 ziemlich genau 25% des Gesamtverkehrs von 1949 (20,5 Millionen t Gesamtverkehr, 11,8 Mill. t Talverkehr und 0,7 Mill. t Bergverkehr) es wäre jedoch verfrüht, daraus Rückschlüsse auf das endgültige diesjährige Jahresergebnis zu ziehen.

Deutscher Weinexport in Fesseln

Ausland erhebt dreifache und fünffache Zölle

Die Lage der deutschen Weinwirtschaft nach dem Kriege ist bei rückgängiger Außenfläche durch zunehmende Einfuhren und stagnierende Exporte charakterisiert. Die deutsche Weinexport, die im Jahre 1949 25 Mill. Flaschen betrug, erreicht heute nicht einmal 1/10 dieser Menge. Der deutsche Weinbau steht im allgemeinen der Liberalisierungsbestrebungen der Bundesregierung verfeindlich gegenüber, wenn er auch die bisher auf Grund der Handelsverträge erreichte und den ausländischen Handelspartnern zugestandene Ausfuhrquote in das Bundesgebiet im Werte von fast 10 Mill. Dollar für überhöht hält und Rückschlüsse für den deutschen Anbau befürchtet. Als Ausgleich für die deutschen Zugeständnisse hinsichtlich der ausländischen Importe fordern aber die deutsche Weinwirtschaft die Wiedereingliederung ihrer Erzeugnisse auf den ausländischen Märkten. Diese Bestrebungen tendieren mit der

Gründung der Exportgemeinschaft des deutschen Weinhandels

am 4. April ihrer organisatorischen Reife

Gründung der Exportgemeinschaft des deutschen Weinhandels am 4. April ihrer organisatorischen Reife. Die Schwierigkeiten der neuen Organisation zur Öffnung der Auslandsmärkte für den deutschen Qualitätswein werden vielfältiger Natur sein, wenn man sich vor Augen führt, wie sich die gegenwärtige Situation für den deutschen Exporthandel darstellt.

Das Kernproblem ist in der Anwendung unterschiedlicher Zölle im Ausland und in der Bundesrepublik zu sehen. Während die früheren Abnehmer deutschen Weins (Großbritannien, Niederlande, Frankreich, Schweiz, Nordeuropa) ihre Zölle nach dem Prinzip der fünfjährigen Erhöhung haben, ist die Bundesrepublik auf dem Status von 1926 stehen geblieben und hat damit ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den ausländischen Märkten verloren. Eine der wesentlichen Forderungen



Die Welt hat es für Sie erprobt!

Eine jahrelange Bewährungszeit in USA, einen überaus erfolgreichen Start in weiten Teilen der Welt und einigen Ländern Europas hatte SHELL X-100 bereits hinter sich, bevor es im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin auf den Markt kam. In Verbindung mit der strapazierten werden. Überall haben denkbaren Betriebsbedingungen auf Grundöl und Veredelungsstoffen beruhenden erstaunlichen Vorzüge kennen - und schätzen gelernt. Das ist nun auch in Deutschland möglich. - Die SHELL-Werke Harburg und Grasbrook arbeiten mit Hochdruck, um die ständig steigenden Anforderungen unserer Verkaufsstellen zu erfüllen. Ein überzeugender Beweis, daß SHELL X-100 seinen im Ausland begonnenen Siegeszug auch bei uns fortsetzt.

EIN WENDEPUNKT DER MOTORSCHMIERUNG



Wir greifen auf:

Fonds als Finanzquelle der Beamten

Im Landeshauptamt von Nordheim-Westfalen für das Haushaltsjahr 1950 gibt es allein 106 Fonds mit einem Gesamtbetrag von rd. 333 Mill. DM, aus denen die einzelnen Ministerien den Gemeinden oder ihren Bebauungsstellen für die verschiedensten Zwecke bewilligen können, abgesehen von zahlreichen sonstigen Fonds. Das geschieht, obwohl der Landtag im vorigen Jahre ausdrücklich beschloss, die Finanzwirtschaft solle ein Ende haben. Selbst wenn man die Fonds für den sozialen Wohnungsbau und ähnliche Zwecke, denen eine Sonderstellung zuzubilligen ist, ausschaltet, bleiben mehrere 100 Mill. DM, die praktisch der parlamentarischen Kontrolle entzogen und der Ministerialbürokratie zur Verfügung in die Hand gegeben sind. Zweifellos werden diese Ministerialbeamten nach bestem Wissen und Gewissen über diese Fonds verfügen, und es braucht nicht kleinen Übermaßes unterstellt zu werden, daß sie sich von unzuständigen Mitteln lebten lassen könnten, um der Ansicht zu sein, daß diese Regelung nicht sinnvoll ist. In den weitaus meisten Fällen werden die örtlichen Stellen besser als der Beamte im Ministerialbürokratie beurteilt können, wie die Mittel zweckmäßig eingesetzt werden können; und hier ist durch die Stadt- oder Gemeinde-Verbreitung auch das Überwachungsorgan gegeben, das die moderne Auffassung der Demokratie verlangt. Wenn man diese hohen Millionenbeträge nach einem Schlüssel für den es ja Vorbild gibt, den Gemeinden verteilt, so werden sie vielleicht nicht immer nach der Zweckbestimmung dieser Fonds; jedenfalls aber nützlich verwendet werden, und dabei wird eine Menge Arbeit gespart werden. Die Reformen der Ministerien aber werden die Köpfe freibekommen, sich den Aufgaben zu widmen, für die sie eigentlich da sind. KI

In diesem Falle . . .

Als die Alliierten 1945 Österreich die Freiheit wiederzugeben, es zu diesem Zwecke bestanden, es ebenfalls in vier Zonen einzuteilen, da fand man einen „Sowjetischen Experten“. Die Russen beanspruchten dieses Österreich für sich und es sollte, soweit es irgend möglich war, nach den Osten. Die Westalliierten waren etwas großzügiger, sie gaben die deutschen Werte der österreichischen Regierung zurück. Wir wollen hier ein Beispiel anführen: Deutsche Baufirmen wurden nach Österreich geschickt, um dort Bauten durchzuführen, umgeben aus österreichischen Baufirmen nach Deutschland. Selbstverständlich vertrieben diese Firmen, je nach den Projekten, die teilweise sehr umfangreich und heute fast unerschwinglich geworden sind, nach den Bestimmungen der deutschen Firmen, es handelt sich um insgesamt etwa 80, schätzen den damaligen Wertschöpfungswert dieser Geräte auf etwa 50 Mill. DM. Als der Kriegsende kam, wurden diese deutschen Werte der österreichischen Regierung, wie gesagt, zurückgegeben. Die österreichischen Firmen konnten im Laufe der vergangenen Jahre ihre Geräte zum größten Teil auf dem Wege der Rückzahlung wieder in Empfang nehmen.

Was macht eine Regierung mit Baugeräten? Sie vertriebt nicht eine Leide und bietet diese Geräte zum Verkauf an. Das Geld fließt in den Staatsschatz.

Die deutschen Firmen haben sich zusammengeschlossen und versuchen durch Verhandlungen mit den Wiener Behörden wenigstens einen Verkaufstop zu erreichen. Ob es ihnen bis jetzt gelungen ist, weißt sich unserer Kenntnis. Die Befürchtung der deutschen Firmen, daß dieses „Geschenk“ der Alliierten „verschleudert“ werden könnte, sieht nicht unberechtigt, das geht schließend aus der Preis der wertigen Anklagen hervor. Was verbietet für den Staatsschatz in diesem Falle? — wahrscheinlich ein sehr geringer Betrag. Österreich ist früher als verschiedene andere Staaten, wieder ein Rechtsstaat geworden, und deshalb ist anzunehmen, daß es einen Weg finden wird, dieses Privatvermögen den betroffenen deutschen Firmen auf irgendeine Weise zurückzugeben, es muß nicht alles mit „da kann man halt ein machen“ enden. Es gibt Gerichte, z. B. aus dem Mittelstand, die man annehmen kann und vielleicht auch muß, es gibt aber auch Gerichte, die man ablehnen kann und auch soll.

Kleinkapitalistisches Fachwissen erlöhnt

In der Liquidation des Kapitalismus — das kleine Kapitalismus selbstverständlich, der große ist „volkswirtschaftlich“ geworden — ist in der Ostzone ein kleiner Stopp proklamiert worden bis auf weiteres. Niemand darf größere als die Arbeiterkraft und das ererbte Fachwissen in den privaten Betrieben in der Ostzone erkaufen und ihre Unverletzlichkeit für die Planerfüllung. Er müsse den Wettbewerb zwischen privaten und volkseigenen Betrieben große Wichtigkeit bei, erklärte der Mann in diesem Tage, vor allem habe er diesen Wettbewerb für das beste Mittel, um die Produktion der volkseigenen Betriebe zu verbessern, vor allem gelte dies für eine Reihe von privaten Unternehmen der Textilindustrie, die in Bezug auf Qualität und Reichhaltigkeit des Angebotes den volkseigenen Betrieben in manchen Überlegen seien. Gestehen wir es ruhig, es sind, wenn man sie nicht mit durchschlagenden Gründen drückt, den volkseigenen Betrieben um Längen voraus. Das könnte jeder unbiologisierte

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Die Ausweise der Landeszentralbanken der französischen Zone zum 31. 3. 50

Landeszentralbanken:	Baden	Rheinland-Pfalz	Württemberg-Hohenz.
Aktiv:			
Guthaben b. d. BfL	19 217 (+ 13 743)	13 456 (+ 1 630)	3 222 (+ 2 077)
Postenbuchguthaben	37 (+ 18)	135 (+ 80)	42 (+ 3)
Wochend u. Schulz. Scheckwechsel u. kurzfrist. Schatzanw.	3 120 (+ 2 110)	5 080 (+ 3 140)	2 100 (+ 810)
Wertpapiere u. a.	—	302 (+ 7)	147
Markt gek. u. sonst. Ausgleichsakt.	40 222 (+ 835)	135 030 (+ 1 577)	65 640 (+ 10 370)
Lombardforderungen	6 043 (+ 5 833)	49 219 (+ 5 143)	6 351 (+ 4 502)
Kassenscheck	18 263 (+ 4 400)	18 010 (+ 3 202)	4 156
Beteiligung a. d. BfL	2 500	3 500	2 000
Interimskonten a. d. Goldanstalt	2 500 (+ 47)	4 443 (+ 481)	3 688 (+ 148)
Gesamt:	123 038 (+ 11 823)	238 856 (+ 5 211)	90 728 (+ 5 438)
Passiv:			
Grundkapital	10 000 (+)	30 000 (+)	10 000 (+)
Rücklagen u. Rückstellungen	281 (+)	5 837 (+)	2 756 (+)
Kinlagen	47 808 (+ 3 020)	132 677 (+ 13 877)	32 524 (+ 9 130)
Lombardverpflicht.	40 818 (+ 1 474)	92 637 (+ 10 800)	40 480 (+ 14 110)
Interimverpflicht.	— (+)	— (+)	— (+)
a. d. Goldanstalt	— (+)	— (+)	— (+)
sonst. Verbindlichk.	3 827 (+ 561)	8 488 (+ 243)	4 969 (+ 320)

Englische Zone

Zur wirtschaftlichen Erschließung des westlichen Ostdeutschland hat die Wirtschaftskommission Nord der deutschen Gewerkschaftsbünde der Landesregierung Schleswig-Holstein den Auftrag eines „ganzheitlich-fachlichen“ Masterplans für die halberverbleibende Industrie in Schleswig vorgeschlagen. Neben Fernrohr- und Sperrholz sollen dort Eisenbahnschwellen und Schiffspalanken hergestellt werden. Aus dem Abfallrest könnten unter anderem Kiefernspäne produziert werden.

Im ersten Vierteljahr 1950 hat sich im Exportraum ein merkbarer Rückgang des Exportgeschäftes durchsetzen können. Die Aufwärtsentwicklung wurde sowohl durch eine Ausdehnung der Absatz für weitere Ergebnisse als auch durch eine Vermehrung der Auslandsmärkte getragen. Die Glasindustrie hat nach einem Bericht der Industrie- und Handelskammer Essen trotz des noch immer fehlenden belgischen Kalksteins den Export von Wirtschaftsgütern aufnehmen können. Die Lokomotive- und Landmaschinenindustrie, die bisher nur Ersatzlieferungen durchführte, konnte nunmehr wieder mit ihren Standarderzeugnissen in den Geschäft kommen. An der Deckung naherer für Berg- und Holzwerkzeugen, Wasserwerke- und Stahlwerkzeugen, Anlagenteile für Kohle- und Nebengewinnungsanlagen, Gießerei-Erzeugnisse, Hebesysteme, chemische Erzeugnisse, Hartmetalle und Hartmetall-Werkzeuge sowie Zinkweiß. Erstmals wurde eine Lieferung von 20 000 t Kalziummonosulfat nach den Niederlanden exportiert. Neben Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz verließen jetzt auch die skandinavischen Länder und Österreich in verstärkter Umfang Lieferungen. Der Handel mit den osteuropäischen Staaten gewinnt in letzter Zeit an Bedeutung. Das gilt nicht nur für die Tuchindustrie, sondern auch für Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Jugoslawien tritt erneut als bedeutender Abnehmer in Erscheinung.

Schleswig-Holstein hat jetzt auf Grund des Gesetzes über die Landeseinrichtung vom Juli 1949 ein Landesschuldbuch eingerichtet. Es soll als ein Mittel der Landes-Schulden-Holstein übernommen und als nützlichste Schuldenverpflichtung des Landes angesehen werden. Ein Überblick über die zu Lasten des Landes laufenden Verbindlichkeiten geben. Das Landesschuldbuch wird von der Vermögens- und Schuldenverwaltung im schleswig-holsteinischen Finanzministerium geführt.

Nachdem die Schutzgemeinschaft für alle gemeine Kreditwiederholung bereits seit einiger Zeit wieder in Hamburg, Dortmund, Barmen und in anderen Städten ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, ist nunmehr auch für den Bezirk Düsseldorf-Neudorf ein solches Einheitskreditverband zusammen und unterrichtet die angeschlossenen Firmen über die Kreditverhältnisse ihrer Kunden. Die ständige Zunahme der Kreditverträge macht die Tätigkeit der Schutz besonders bedeutungsvoll, auch andere Städte planen entsprechende Einrichtungen, so Frankfurt und München. Eine einheitliche Verbindung in Form einer Dachorganisation, wie sie früher bereits bestanden hat, ist heute noch nicht wieder vorhanden.

Auf der Kölner Photo- und Kinoproduktion 1950 (vom 8.—14.5.) zeigen die Philips Valvo Werke in Erzeugnisse ihrer Abteilungen Kino und Licht. Die Kino-Abteilung stellt neben dem bekannten Theatermaschinen und den dazugehörigen Kabineverstellern mit der 100-prozentigen Sicherheit aus eine Neuschöpfung, die transportable 35-mm-Tonfilmkoffer-Apparatur aus. Die Licht-Abteilung der Philips Valvo Werke bringt eine große Anzahl Lampen für das gesamte photographische Gebiet sowie für die Kino- und Fernsehproduktion, darunter die schon bekannten und ganz berühmten Profivalvo-Mittellichtlampen in fünf verschiedenen Lichtstärken.

Amerikanische Zone

Der Abteilung Außenhandel des Landesverbandes des bayerischen Grund- und Außenhandels gehören vor einem Jahr rund etwa 50 Außenhandelsfirmen an. Diese Zahl hat sich jetzt auf etwa 300 verringert. Im Zuge des natürlichen Reintegrationsprozesses wird eine weitere Abnahme erwartet, dabei werden höchstens 10 Neuzugänge verzeichnet. Die Tendenz geht in Richtung auf eine sorgfältigere Spezialisierung und zurück zu solchen Firmen, die bereits vor dem Krieg im- oder Exporteure waren. Die verschiedenen Versuche, München zu einem großen Außen-

handelsplatz zu machen, scheinen nicht sehr überzeugt zu haben, während in Nordbayern vor allem die Spezialisten für den Spielzeug-, Galanteriewaren-, Schreibwaren- und Finanzexport und von optischen Geräten sowie Hochdruck-Photographie-Gebiet zeigen. Relativ schwach scheint zur Zeit der Export des Porzellangüterhandels zu sein. Schreibwaren werden in zunehmendem Umfang vor allem nach Holland, Schweden, Schweiz und Dänemark exportiert. Der Markt für Devotionalien verspricht sich eine Belebung durch ausländische Touristen. Das Fehlen der ganzen Südost-, der

Büßwilliges Europa

William Hard und André Visson haben sich in den bekanntesten Monatsheften „Readers Digest“ mit der europäischen Zusammenarbeit. Sie stellen

früher fast ausschließlich über den bayerischen Exporthandel besag, wird stark empfunden. Derzeit laufen Bestrebungen, dem südwestlichen Im- und Export der Umstufungserleichterung der Sechsdarstellung zu sichern, da dies im Zeichen der Liberalisierung und der Gewerbetreibend als billig angesehen wird.

Die Labilität des Geschäftsganges ist nach wie vor kennzeichnend für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, heißt es in einem Bericht über die Wirtschaftslage im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Mannheim für die ersten 3½ Monate dieses Jahres. Es müsse abgewartet werden, inwieweit das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung durch seine Breitenwirkung zu einer Festigung der Wirtschaftslage beitragen vermag. Die Eisen- und Metallbetriebe befinden sich in einer sehr schwierigen Lage. In der Landmaschinenindustrie sei ein Schrumpfen des Absatzes eingetreten. Relativ günstig sei die Lage im Maschinen- und Fahrzeugbau. In den überaus zahlreichen Industriezweigen mache sich nach langer Stagnation ein Anzeichen des Absatzes hochwertiger Spezialitäten bemerkbar.

Nach einem einstimmigen Beschluß des Verbandsausschusses des bayerischen Landtages soll die bayerische Staatsregierung beim Bund erwirken, daß berufstätige Frauen nach Vollendung des 50. Lebensjahres in die Steuerklasse II eingestuft werden. Aus Betriebsberufungen stammende Einkommensbeiträge sollen für die Erfinder bis zu einem bestimmten Betrag steuerlich begünstigt werden. Ferner soll die bayerische Staatsregierung beim Bund Verhandlungen zwecks Herabsetzung der Kaffeessteuer führen. Zur Begründung hierzu wird erklärt, daß mehr als die Hälfte des Kaffeeverbrauchs in Bayern vom illegalen Handel getätigt werde.

Der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages forderte am 13. April die bayerische Staatsregierung auf, beim Bund zu beantragen, daß Gratifikationen für Arbeitnehmer künftig steuerlich nicht mehr als zusätzliches Einkommen behandelt werden.

Auf die von Tag zu Tag sich verschlechternde Kreditlage des Handwerks wies der Geschäftsführer des Bayerischen Handwerksverbandes, Winkler, anlässlich einer Pressekonferenz in München hin. Außer Kredit für Investitionen fehlen auch Betriebskredite. Da noch keine Belebung durch das Bauprogramm zu spüren sei, bleibe das Problem der Schwarzarbeit ungelöst. In diesem Zusammenhang wurde ein sehr schillernder Zahlungsengang. Wie Winkler weiter mitteilte, habe die Zahl der selbständigen Handwerksbetriebe in Bayern seit 1947 um 28 000 bis 32 000 zugenommen. Besonders stark sei die Zunahme in der mittleren Betriebsgröße. Man sei besonders daran interessiert, dem selbständigen Handwerker das Unternehmertum zu stärken.

Die Handwerkskammer Frankfurt/M. vermeldet in ihrem Lagerbericht für das erste Quartal 1950 ein weiteres Anwachsen der Schwarzarbeit im Frankfurter Handwerk. Dem Bericht zufolge hat das Ausmaß der Schwarzarbeit in einigen Handwerkszweigen, vor allem bei den Friseurern, den Bekleidungs- und Schmiedehandwerkern und zahlreichen Sparten des Ausbühndehandwerks „gerade katastrophale Formen“ angenommen. Gleichzeitig sei auch ein Zunehmen der Fälle unternehmerischer Wettbewerbs festgestellt. Der Bericht weist auf die Aussichtslosigkeit der Gewerkschaft hin, die nach Ansicht der Handwerkskammer „vielfach zu einer starken Überzeugung und damit leider auch zu wirtschaftlich nicht vertretbaren Forderungen, nicht selten unter dem Selbstbetrug“ geführt habe. Schließlich fordert die Handwerkskammer die Liquidierung der Registerbetriebe der öffentlichen Hand, die dem staatszahlenden Handwerk schwere Schäden zufügen, obwohl sie wirtschaftlich keineswegs notwendig seien.

Die hessischen Unternehmer bedauern in stetiger Verleubarung, daß der amerikanische Hohe Kommissar die Exportförderung des wirtschaftlichen Mittelstandes in der Ostzone in hessischen Betriebskreisen aufgehoben hat. Damit sei einer

übernationalistischer, anti-internationalistischer und einseitiger als andere Regierungen, Diplomaten und Bürokraten stehen hierbei — unbeschadet aller angeblichen Demokratie — in schärfstem Gegensatz zu dem Willen ihrer Völker, welche Frieden und Ausgleich haben wollen. Tatsache ist, daß fast alle sozialistischen Regierungen, wie die englische Labour, in Europa die menschliche Freiheit besonders stark einengen. Die Trennung der europäischen Völker besonders stark verdichten und das im Westen Regierungen, Diplomaten und Bürokraten die westeuropäischen Grenzen immer wieder erhöhen statt niederzureißen. Kann man es da manchen Amerikanern verdenken, wenn sie die ungenutzten Marshallplan-Gelder als in einem büßwilligen Europa ebenfalls vergeudet anzusehen beginnen? Umgekehrt wird man freilich auch die Europäer verurteilen müssen, wenn sie darauf hinweisen, daß die amerikanische Handelspolitik, vor allem auch die Zollpolitik, nicht gerade als Vorbild freihändlerischer Wirtschaftsförderung angesehen werden kann, die kollektivistische Universalität sich selbst auch in einem wichtigen Bereich der USA-Wirtschaft breitmacht.

Die juristische Liquidation der Staatlichen Erfindungsgesellschaft für öffentliches Gut m. b. H. (STEG) ist größtenteils zum Jahresende 1951 möglich, erklärte der Verkaufsleiter der STEG, Dr. Stille, anlässlich einer Pressekonferenz in Stuttgart am 11. April. Die STEG hat seit ihrer Gründung im September 1946 bis zum Ende des Jahres 1949 Waren für insgesamt rd. 400 Mill. RM und DM umgesetzt. Hierunter entfallen 300 Mill. auf die RM-Zeit und 100 Mill. auf die DM-Zeit. Vom 1. 1. 1950 an geröhnet verfügt die STEG nur noch über Waren im Wert von 100 Mill. DM. Gegenwärtig befaßt sich der Umsatz der Erfindungsgesellschaft vornehmlich mit 3 bis 4 Mill. DM. Die restlich bei der STEG vorhandenen Waren teilen sich nach Angaben des Verkaufsleiters der STEG in folgende vier Gruppen ein:

1. Kraftfahrzeuge. Nachdem vor kurzem die noch bei der STEG vorhandenen 18 000 Kfz-Einheiten an das Ausland verkauft worden, müssen nun noch die bereits abgekauften Fahrzeuge abgewickelt werden, was etwa ein Jahr in Anspruch nehmen wird.

2. Baugeräte aller Art und technische Geräte. Für diese Geräte ist nach Ansicht der STEG-Verkaufleitung in der deutschen Wirtschaft derzeit Bedarf vorhanden.

3. Kabel und Nachrichtengeräte. Diese Waren dürfen auf Grund der Kontrollratsgesetze in Deutschland nicht abgesetzt werden, konnten jedoch nach Aufarbeitung besonders nach der Schweiz und Schweden exportiert werden. Die Bestände an Kabeln und Nachrichtengeräten belaufen sich gegenwärtig noch auf 30 000 t. Nach Instandsetzung und Umarbeitung sollen die Nachrichtengeräte und Kabel in Deutschland veräußert werden. Die Zahl der Lager wird bis zum 1. Juli 1950 auf 20 verringert werden. Die Zahl der Angestellten soll von einem Höchststand von 13 400 auf 4 000 im Sommer 1950 vermindert werden. Die STEG hofft, bis zu ihrer Liquidation rd. 1 Milliarde RM und DM als Gesamtvermögen zu erzielen. Dies ist jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, wie weiter erklärt wurde, wenn im Jahre 1950 mindestens 80 Mill. DM und im Jahre 1951 rd. 30 bis 20 Mill. DM umgesetzt werden.

4. Konsumgüter. Diese Güter werden in den STEG-Verkaufsstellen vertrieben. Die STEG hat seit einigen Wochen keine eigenen Verkaufsstellen mehr, sondern vertreibt die Waren auf Kommission durch die STEG-Kaufleute, deren Umsatz monatlich rd. 1,5 Mill. DM beträgt. Wie von der STEG-Verkaufleitung weiter erklärt wurde, wird der gesamte STEG-Apparat laufend veräußert. Die Zahl der Lager wird bis zum 1. Juli 1950 auf 20 verringert werden. Die Zahl der Angestellten soll von einem Höchststand von 13 400 auf 4 000 im Sommer 1950 vermindert werden. Die STEG hofft, bis zu ihrer Liquidation rd. 1 Milliarde RM und DM als Gesamtvermögen zu erzielen. Dies ist jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, wie weiter erklärt wurde, wenn im Jahre 1950 mindestens 80 Mill. DM und im Jahre 1951 rd. 30 bis 20 Mill. DM umgesetzt werden.

Ostzone

Nach Angaben des Staatssekretärs belegen die privatverwalteten volkseigenen Industrien 10 Proz. der gesamten Einnahmen für den Haushalt der Sowjetunion. Als weitere Maßnahme wurde die Senkung der Verwaltungsgebühren beschlossen. Die geplante Finanzreform wurde eine große Verwaltungsvereinfachung mit sich bringen, wie der Hauptabteilungsleiter Georgio erklärte, und damit einen Teil der großen notwendigen Reform der Steuerpolitik darstellen.

Die Deutsche Investitionsbank der Ostzonerepublik hat den Tilgungsplan für die 1948 aufgelegte Serie I zweier Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 250 Mill. Ostmark bekannt gegeben. Der Tilgungsbetrag beläuft sich auf 4,5 Mill. Ostmark im Jahre 1950 und steigt sich jährlich bis auf 15,4 Mill. Ostmark im Jahre 1954. Die ersten 2,5 Januar 1950 für das Jahr 1950 vorzunehmende Tilgung in dem erwähnten Betrag von 4,5 Mill. Ostmark ist durch frühzeitigen Rückkauf erfolgt.

Auf einer Sitzung des brandenburgischen Ministerrats wurde bekanntgegeben, daß alle Betriebe des Landes überprüft werden sollen hinsichtlich der Möglichkeit des Erzeugnisses von männlichen durch weibliche Arbeiterkräfte. Ferner wurde mitgeteilt, daß Ende April 2300 Arbeiterkräfte zum Aufbau des Stahlwerks in Brandenburg/Havel eingesetzt würden. Für das neue Stahlwerk werden gegenwärtig 400 Facharbeiter im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf ausgebildet.

Der Bundesvorstand des FDGB beschloß sich auf seiner Sitzung am 11. April in Göttingen mit den Aufgaben der Gewerkschaften in den Privatbetrieben. Von dem Mitglied der Sekretariats der FDGB-Bundesvorstandes, Ernst Zöllner, wurde beantragt, daß die Gewerkschaften sich nicht in ausreichendem Maße um die Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit in den Privatbetrieben kümmern hätten. Völlig ungenügend sei die Wachsamkeit der Gewerkschaftsfunktionäre hinsichtlich der Abführung von Steuern und Sozialabgaben. Die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes, die Kontrolle der Preisgestaltung, die ständige Überprüfung der Einhaltung der mit den volkseigenen Betrieben abgeschlossenen Verträge und die Steuerkontrolle bezügl. Zöllner als wichtigste Aufgaben der Gewerkschaften in den Privatbetrieben. Die Industrie-Gewerkschaften müssen nun dazu überreden, so sehr Böller, daß eine breite Aktion für die Besetzung der Mittelstände zu erheben. Dabei können es sich nicht darum handeln, eine Bewegung gegen die Privatbetriebe zu organisieren. — Es handelt sich vielmehr darum, die erlassenen Gesetze in den Privatbetrieben zur Anwendung zu bringen. In der Diskussion stellte der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke fest, daß der Bundesvorstand es nicht beabsichtigt habe, die Arbeiter in den Privatbetrieben richtig anzuleiten.

Neue Geschäftsverbindungen für den

Export nach Holland,

Indonesien, Surinam und den niederländ. Antillen

vermittelt Ihnen die einzige holländische Fachzeitschrift für Großhandel, Export-Import

Groothandel

Netherlands Trade Bulletin

Weskbied voor Import, Export, Transit, Reciprocity en Binnenlandse Handel

Organ der Handelskammer in Den Haag für die 40 000 Mitglieder der Sektion Großhandel, Export, Import

Abonnenten

sind die Großhändler, Exporteure und Importeure in Holland, Indonesien, Surinam und den niederländischen Antillen, sowie alle holländischen Großhändler im Ausland sowie die großen Handelsfirmen in Belgien, und Luxemburg.

Billige Anzeigenpreise und günstige Wiederholungsrabatte!

Groothandel

Netherlands Trade Bulletin

nimmt Anzeigenaufträge deutscher Firmen ab. 1. Januar 1950 gegen Zahlung in Deutscher Mark entgegen. Interessenten wenden sich an die

Generalvertretung für Deutschland: **Karlsruher Wirtschaftsverlag G. m. b. H.** (17a) Karlsruhe/Baden, Veilchenstr. 35

Die aktuelle Reportage:

Lorenz-Fernschreiber

Fernschreiber sind auch in unseren Zeitalter noch unheimlich. Man bedenke: zur gleichen Zeit, wenn man hier auf eine Taste drückt, erschallt hundert Meilen entfernt der gleiche Buchstabe wieder. Wir wundern uns über solche Wunder nicht mehr, aber wir wundern uns doch, daß die komplizierten Maschinen, die dieses Wunder vollbringen, funktionieren. Das Geheimnis dafür liegt sowohl in aller Produktionserfahrung, als auch in der Genauigkeit, mit der gearbeitet wird, wenn selbstverständlich geht, daß immer wieder während der Fertigung kontrolliert wird.

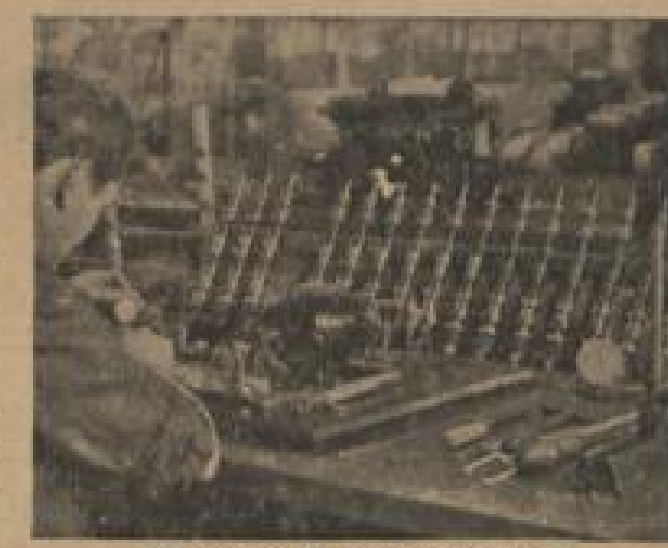
Ein Fernschreiber scheint zunächst weiter nichts als eine Schreibmaschine zu sein, aber bei genauerem Hinsehen merkt man den gewaltigen Unterschied. Am deutlichsten wird dieser Unterschied, wenn man einmal durch den



Das letzte Richten vor dem Dauerlauf

großen Arbeitsmaß geht, in dem Fernschreiber hergestellt werden. So besinnt man sich auf die Anlage der C. Lorenz AG in Stuttgart-Zuffenhausen.

Ein Fernschreiber setzt sich zunächst einmal aus 2 Teilen zusammen, die sich nach der Funktion unterscheiden, nämlich dem Sender und dem Empfänger. Der Empfänger sitzt auf einem stark gebauten Chassis, in das der Sender, wenn er fertig montiert ist, von vorn eingeschoben wird. Der Sender ist auch das, was dem Fernschreiber die Ähnlichkeit mit der Schreibmaschine gibt. Selbstverständlich sind auch in der Fabrikation diese Teile voneinander getrennt, aber die Trennung geht noch weiter. So wird der Typenrolle besonders hergestellt und eine ganze Reihe von Vorrichtungen vorgenommen, die dann als komplette Aggregate einge-



Vormontage der Haupttriebbeschen

baut werden. Eine solche Vormontage zeigt das Bild mit den Haupttriebbeschen, die fast an eine Welle aus dem Getriebe eines Automobils erinnert. Eine besondere lehrbuchmäßige Arbeit ist nötig, um die Präzision zu erreichen, die ein fehlerfreies Arbeiten des Fernschreibers garantiert. Ein paar Werkstücke werden bei der Vormontage schon weitgehend montiert. Man erkennt jetzt schon seine äußere Form. Nach dieser Montage wird diese Maschine eingestellt, d. h. es wird dafür gesorgt, daß die einzelnen Teile, die montiert sind, richtig zueinander stehen. Dann wird die Maschine eingeschoben, d. h. man läßt sie laufen und stellt fest, ob die Teile richtig ineinandergreifen. Das sind sehr langwierige Vorgänge. Man kann dies daran erkennen, daß ein Arbeiter eine ganze Schicht, also 8 Stunden, Zeit bekommt, um eine Maschine einzufahren. Dann wird die Maschine noch einmal auseinandergenommen und festgestellt, ob irgendwelche Teile gelockert haben oder ob sich ein Verschleiß zeigt, der nicht sein darf.

Dann wird der Empfänger endgültig montiert und noch einmal geprüft. Insbesondere wird bei diesem Richten darauf geachtet, daß die Typen genau stehen, damit ein einheitliches Schriftbild entsteht. Auch dieses Richten erfordert eine lange schwierige Arbeit, die sehr viel Einfühlungsvermögen verlangt.

Ist dann die Maschine fertig, kommt sie in den Dauerlauf. Hier muß sie über 30 Stunden hintereinander ohne Unterbrechung laufen. Während dieses Laufs wird sie dauernd kontrolliert, ist diese Dauerprüfung zu Ende, dann geht sie durch eine Endkontrolle. Auch hier werden wieder die Teile besonders geprüft, die einen Verschleiß unterliegen.

Damit ist die Kontrollarbeit aber noch nicht am Ende; denn jetzt tritt die Post als Kontrollorgan auf, die ja später die



Einstellen des Blattschreiber-Empfängers

Fernschreiber betrieht. Bei Lorenz sitzen 2 Postbeamte, die laufend die Fernschreiber, die aus der Produktion kommen, noch einmal einer eingehenden Kontrolle unterziehen. Dabei wird wieder die Maschine auseinandergenommen und jedes einzelne Teil geprüft. Wir haben wie ein Postbeamter einen kleinen Teil aus der Maschine auseinandergebaut und die Federchen auf ihre Spannkraft geprüft in einem Nebenraum neben der Prüfung durch die Post sind dann wieder einige Monteurs von Lorenz damit beschäftigt, irgendwelche Mängel, die die Post beanstandet hat, in Ordnung zu bringen und den Apparat wieder zu montieren.

So besteht eigentlich der größte Teil der Fabrikation beim Fernschreiber aus

Sendungen blockiert. Gerade diese Einrichtung des Handlähers gibt die Möglichkeit, längere Berichte oder Briefe doch sehr schnell und zuverlässig an den Adressaten gelangen zu lassen. Die Zuverlässigkeit ist eigentlich das Hauptmoment, das den Fernschreiber so beliebt gemacht hat und das auch dafür sorgt, daß er sich immer weiter einbürgert — man rechnet damit, daß von Ende 1950 ab jährlich ein Zugang von etwa 1000 Automatenmaschinen erfolgen wird.

Die Vorteile sind ja auch so überaus groß, daß in absehbarer Zeit kein größerer Betrieb und kein Hotel in Deutschland ohne Fernschreiber sein kann. Wenn man bedenkt, daß man sofort Antwort auf eine Anfrage bekommen



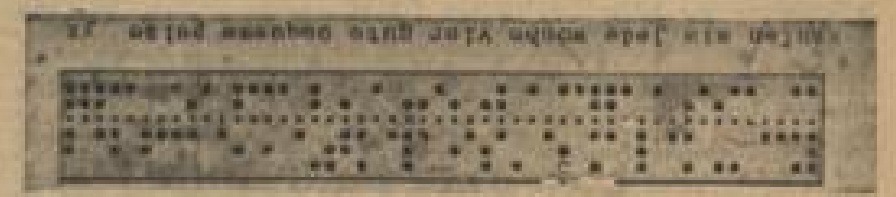
Justage des Blattschreiber-Senders

Einrichten, Kontrollieren, Regulieren und Prüfen.

Mit dem Fernschreiber allein ist es aber nicht getan. Man will dem Kunden die Arbeit noch mehr erleichtern und ihm noch mehr Kosten sparen. So hat man ein Vorwählgerät geschaffen, das den Text, den man mit dem Sender schreibt, nicht sofort sendet, sondern auf Lochstreifen aufnimmt. Diese Lochstreifen kann man dann, wenn die Zeit günstig ist, d. h. also in betriebsfreien Stunden, ablaufen lassen, indem man das Vorwählgerät mit dem Sender kuppelt. Der Fernschreiber gibt dann automatisch, ohne menschliche Hand, die Sendungen durch. Es kommt noch hinzu, daß man mit den Sendungen von Lochstreifen die Sendegeschwindigkeit erheblich erhöhen kann. Man erreicht nämlich von Lochstreifen eine Sendegeschwindigkeit bis zu 400 Zeichen in der Minute und spart damit weitere Gebühren. Außerdem hat man den Vorteil, daß man die Maschine in der vertretbaren Zeit nicht durch lange

kann, daß man weder zu warten braucht, bis das Fernschreiber verbunden hat und daß man alles schriftlich hat, dann wird man die Belästigung des Fernschreibers begreifen. Es würde zu weit führen, hier auszurechnen, wieviel billiger ein Fernschreiber arbeitet als das Telegramm und das Telefongespräch in der Praxis wird.

Jedenfalls liegen bei Lorenz schon sehr viele Aufträge auf Fernschreibern vor, Vorläufig werden 3 Apparate am Tag hergestellt. Die Fabrikation wird in den nächsten Wochen von Stuttgart nach Hannover verlegt. Man wird sehen, die Fabrikation bald verlagert müssen. Vielfach haben wir schon im nächsten Jahr, wenn die Post so rüchrig bleibt wie bisher, in jedem großen Postamt die Möglichkeit, mit Fernschreibern die Firmen anzuschreiben, die an das Netz angeschlossen sind. Das wäre das Ideal für alle Zeitungsleute und für die Handelsvertreter, die auf Reisen sind und mit ihren Aufträgen schnell und zuverlässig in Verbindung treten wollen. H.



Das ist ein Lochstreifen. Was bedeutet die Gebelmschrift? Bitte drehen Sie das Blatt!

Zeit im Vergleich mit dem Bleisatz, so niedrig, was die wesentliche Befestigung gefordert haben mag.

Aluminium: Von 78,8 Mill. Dollar aus dem ECA-Fonds, die Großbritannien im Februar erhalten hat, werden 10 Mill. £ für den Ankauf von Aluminium Verwendung finden. Weiterhin wird gemeldet, daß die Reynolds Metal Co. bei der amerikanischen Regierung um eine Herabsetzung des Aluminiumzolls von 3 auf 4% von je lb und des Zolls für Aluminiumhalbherballe von 3 auf 1 von je lb nachgesucht hat. Beide Maßnahmen sind, da die amerikanische Aluminiumindustrie gewisse Befürchtungen für die kommende Zeit hat. Man ist sich klar darüber, daß die sowjetische Ausdehnung der Aluminiumerzeugung im Krieg unter Friedensverhältnissen besondere Probleme mit sich bringt.

sowjetischen Lieferungen praktisch vollständig für die amerikanische Wirtschaft ausgefallen waren, daß andererseits aber aus anderen Quellen größere Mengen als 1949 eingeführt werden konnten, so würde selbst eine vollständige Sperr der sowjetischen Lieferungen die amerikanische Wirtschaft wenig beeinträchtigen. 48 bis 50%ige Mangansätze in England gegenwärtig 30 d je Einheit Metall etc.

Antimon: Der Markt zeigt wenig Aktivität. Die Preise sind etwas unklar, seitdem die Preise für metallisches Antimon letzten nachgegeben haben, ist auch der Kräftemarkt unruhig geworden. Umfasst werden kann verzeichnet, 50%ige sulfidische Erze liegen im Preis in England bei etwa 18 sh 6 d bis 19 sh 6 d je Einheit Metall etc. Von einigen Erzeugern werden jedoch noch höhere Preise verlangt.

Wolfram: Der Preis für Wolfram ist in der letzten Zeit infolge der politischen Entwicklung in China offenbar etwas ruher geworden. Indische Erze notieren 87 sh 6 d bis 88 sh 6 d, während Erze anderer Provenienzen im Preis zwischen 90 sh und 95 sh je Einheit etc. liegen.

Westblei: Das Geschäft zwischen Berlin und Westdeutschland ist etwas ruhiger geworden. Größere Angebote waren zu dem verlangten Preis nicht zu platzieren.

Metallpreise

Metall	England	USA	Wendepkt.
Kupfer	153 1/2 d	18,50	184,50
Zinn	32 1/2 d	16,50	116,00
Zink	31 1/2 d	16,50	100,00
Zinn	30 1/2 d	16,50	73,00
Aluminium	114 10/16	17,00	173,00

Erze

Mangan: Das amerikanische Munitions Board hat jetzt Mangan für chemische Zwecke auf die Liste der zu beiderseitigen Beschränkungen der Vereinigten Staaten, so ist er für 1950 bei einer Gesamtmenge von 1 423 844 t mit 131 000 t auf etwa 10,6% gesunken. Berücksichtigt man aber, daß in den Kriegsjahren die



Schlussinspektion am fertigen Gerät

Deutsche Börsen

Frankfurt	11.10	11.11	11.12	11.13	Düsseldorf	11.10	11.11	11.12	11.13
ADG	28	27 1/2	27 1/2	28	Alexanderwerk	28	27	28	28
Bayer	20 1/2	20	20	21	Baldex Markt	20	20	20	20
Baden	21	20 1/2	21	21 1/2	Bassal AG	21	21	20 1/2	21
Chem. Albert	20 1/2	20	20	20	Deutsche A-Bank	20	20	20	20
Deutsche Bank	20 1/2	20	20	20	Deutsche Bank	20	20	20	20
Deutsche Lohndr.	20 1/2	20	20	20	Deutsche Lohndr.	20	20	20	20
Deutsche Metall	20 1/2	20	20	20	Deutsche Metall	20	20	20	20
Deutsche Papier	20 1/2	20	20	20	Deutsche Papier	20	20	20	20
Deutsche Textil	20 1/2	20	20	20	Deutsche Textil	20	20	20	20
Deutsche Zucker	20 1/2	20	20	20	Deutsche Zucker	20	20	20	20
Deutsche Holz	20 1/2	20	20	20	Deutsche Holz	20	20	20	20
Deutsche Gummi	20 1/2	20	20	20	Deutsche Gummi	20	20	20	20
Deutsche Eisen	20 1/2	20	20	20	Deutsche Eisen	20	20	20	20
Deutsche Stahl	20 1/2	20	20	20	Deutsche Stahl	20	20	20	20
Deutsche Kohle	20 1/2	20	20	20	Deutsche Kohle	20	20	20	20
Deutsche Öl	20 1/2	20	20	20	Deutsche Öl	20	20	20	20
Deutsche Gas	20 1/2	20	20	20	Deutsche Gas	20	20	20	20
Deutsche Elektrizität	20 1/2	20	20	20	Deutsche Elektrizität	20	20	20	20
Deutsche Transport	20 1/2	20	20	20	Deutsche Transport	20	20	20	20
Deutsche Versicherungen	20 1/2	20	20	20	Deutsche Versicherungen	20	20	20	20
Deutsche Immobilien	20 1/2	20	20	20	Deutsche Immobilien	20	20	20	20
Deutsche Banken	20 1/2	20	20	20	Deutsche Banken	20	20	20	20
Deutsche Industrie	20 1/2	20	20	20	Deutsche Industrie	20	20	20	20
Deutsche Handel	20 1/2	20	20	20	Deutsche Handel	20	20	20	20
Deutsche Dienstleistungen	20 1/2	20	20	20	Deutsche Dienstleistungen	20	20	20	20
Deutsche Sonstige	20 1/2	20	20	20	Deutsche Sonstige	20	20	20	20

Auslandsbörsen

PARIS: Die Pariser Effektenbörse folgte in der Berichtwoche einem überaus rückläufigen Trend. Es fehlten ihr Anreize, die die Stimmung der Börse günstig beeinflusst hätten. Außerdem setzte sie sich sehr empfindlich gegenüber der wenig beruhigenden weltweiten Lage. Zumal der Zwischenfall zwischen der UdSSR und den USA bezüglich der Übertragung von sowjetischen Halbleitern durch ein amerikanisches Flugzeug, und der Kampf zwischen diesem und sowjetischen Jägern, der nach Berichten der sowjetischen Nachrichtenagentur stattgefunden haben soll, bei der Börse rechtlich Grund zur Vorsicht. Aus der französischen Wirtschaft kamen keine besonderen Meldungen, obwohl gerade hier der Rückgang des Goldpreises und in Verbindung damit die feste Haltung des Kurses für den französischen Franc an den europäischen Devisenmärkten mancherlei Befürchtungen brachte. Gegen Wochenabschluss ging der Geschäftswandel sehr zurück. Die Haltung war lau.

Auslandsbörsen

LONDON: Das Londoner Effektenbörse nicht an Anreizen fehlte, hielt sich die Geschäft in mäßigen Grenzen, und der Kursstand gab nach. Der Grund hierfür ist in erster Linie darin zu sehen, daß der Haushaltsvorschlag der brit. Regierung für das kommende Finanzjahr am Dienstag der nächsten Woche dem Parlament vorgelegt werden soll. Man will ihn aber nicht als sehr stark erwarteter. Der Umsatz blieb auch weiterhin gering. An einigen Tagen war der Geschäftswandel so klein, daß die Märkte kaum auf ihre Kosten kamen. Gelegentlich erhielt die Börse aus einigen Spezialgebieten einige Aufträge, so beispielsweise verkehrten

Notenkurse in Zürich am 15. 4. 1950

Währung	Kurs
1 £ USA	4,20 1/2
1 £ England	12,55 1/2
100 sfr. Belgien	1,30 1/2
100 sfr. Holland	8,50 1/2
100 sfr. Schweden	101,50 1/2
100 sfr. Norwegen	74,00 1/2
100 sfr. Dänemark	66,00 1/2
100 sfr. Italien	46,00 1/2
100 sfr. Portugal	14,75 1/2
100 sfr. Brasilien	30,00 1/2
100 sfr. Argentinien	31,25 1/2
100 sfr. Türkei	1,25 1/2
100 sfr. Österreich	14,25 1/2
100 sfr. Japan	7,20 1/2
100 DM Deutschland	82,00 1/2

NEW YORK: Haase

Die New Yorker Effektenbörse begann die Woche nach Ostern in leicht nachgebender Haltung. Doch schon am Dienstag setzte sich ein steiler Anstieg ein, der bis zum Wochenabschluss anhielt. Die Notierungen für Industriewerte gingen über den Aufgabestand. Die Nachfrage nach den „Konjunktur“-Börsen der USA, SIC-Metallen und Papier, die für die wirtschaftliche Entwicklung von jeher wesentliche Anhaltspunkte boten, ist außerordentlich lebhaft. Die Ausgaben für Hausbau und für Wohnungseinrichtungen sind so hoch wie kaum jemals zuvor. Weitere stimulierende Momente entstehen die Börsen an den letzten Wochentagen der in freundlichen Farben gehaltenen Erklärung von Präsident Truman über die wirtschaftliche Entwicklung in den USA. Am heutigen Wochenabschluss indessen zeigte sich eine gewisse Neigung zu Gewinnrealität, die jedoch in der starken Kaufkraft für Spezialwerte ihr Gegengewicht fand. Fernschreiber verzeichneten in absoluten Fällen Gewinne bis zu 7% Haltung. Die Börsen gaben in wesentlicher Haltung.

Durchschnittskurse für:

Währung	Kurs
100 Industriewerte	213,31
30 Eisenbahnwerte	50,00
40 Industriebetriebe	109,21
15 Vermögensbetriebe	43,38
Moody Index	308,4